

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



Die deutsche Marine auf großer Fahrt gegen China 2.0

**„Überdies befremdeten ... Ratschläge, auf der Stelle alle Kommunisten zu erschießen“
(Deutsche Militärberater in der Republik China)**

Vor wenigen Monaten ging eine Meldung durch die Medien, stellvertretend sei der Deutschlandfunk vom 25. April 2021 zitiert: „Im August entsendet die Bundeswehr erstmals seit Jahrzehnten eine Fregatte aus Wilhelmshaven ins Südchinesische Meer, um Deutschlands Präsenz als ‚gestaltenden Akteur und Partner‘ in der Region zu stärken, wie es in den Indopazifik-Leitlinien der Bundesregierung heißt.“

Grundlage dieser Entscheidung ist die Politik der neuen, demokratischen US-Administration, die Drohkulisse gegen die Volksrepublik China international auf eine breitere Basis zu stellen. „Es ist dies ein Wunsch, der bei Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) grundsätzlich auf offene Ohren

stößt. Bei ihrer ersten Grundsatzrede vor Studierenden der Universität der Bundeswehr in München sagte sie kurz nach ihrem Amtsantritt, Deutschlands

Partner im indopazifischen Raum - allen voran Australien, Japan und Südkorea,

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Die deutsche Marine auf großer Fahrt gegen China 2.0	1
Wer zahlt den Preis für den Staatsinterventionismus?	10
Die Linke wählen?!	11
IG Metall-Abschluss 2021 – Kein großer Wurf	13
1. Mai-Rede der GEW München auf der Gewerkschaftsdemo	16
Die Spur des Faschismus im Arbeitsrecht	17
Die schier unglaubliche Geschichte des Dr. Ludwig Weißbauer	19
Zur Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung in Chile	23
Neue Nahost-Eskalation	29
Die Wahlen im Vereinigten Königreich	33

In eigener Sache

Kurz vor Redaktionsschluss fanden zwei Ereignisse statt, die die weltpolitische Lage weiter zuspitzen: der G7-Gipfel in Cornwall und die darauf folgende NATO-Tagung.

Feststehen dürfte auf jeden Fall, dass die europäischen Staaten einen wesentlich höheren Beitrag dazu leisten müssen. Die Hetze gegen Rußland und China wurden dort auf eine neue Stufe gestellt. Es ist der Versuch der USA, die europäischen Staaten enger in die Konfrontationslinie mit einzubeziehen. Das steht in großem Widerspruch zu dem jüngst von der EU mit China abgeschlossenen Handelsabkommen. Dabei werden exportorientierte Länder wie Deutschland in große Schwierigkeiten geraten. Allerdings ist das genannte Abkommen noch nicht ratifiziert; es „ruht“ daher rechtlich.

Mit der Kriegsrhetorik Deutschlands gegenüber China befasst sich daher unser Kopfartikel.

Der seit langem schwelende Brandherd Israel ist wieder einmal aufgeflammt. Wir bringen dazu eine Einschätzung der jüngsten Ereignisse.

Die Corona-Krise scheint – zumindest unter gesundheitlichem Aspekt – langsam abzuflauen. Wer allerdings für die immensen Kosten der Folgen des „Staatsinterventionismus“ aufkommen wird, das dürfte beim derzeitigen Stand des Kräfteverhältnisses keine Frage sein. Wir bringen dazu eine kurze Beleuchtung.

Egal wie die Bundestagswahl ausgehen wird, es ist nicht zu erwarten, dass sich danach etwas zugunsten der Lohnabhängigen ändern wird. Die parlamentarisch einzig relevante Kraft, die dem noch entgegensteht, ist die

Partei DIE LINKE. Wir zeigen auf, warum es trotz aller Mängel wichtig ist, diese Partei bei der Wahl zu stärken.

Eine Folge der Pandemie und der Schwäche der Gewerkschaften, die sich vollkommen der Krisenpolitik der Regierung unterworfen haben, ist der mäßige Tarifabschluss der IGM, der wirklich „kein großer Wurf“ ist.

Auch dieses Jahr am 1. Mai setzte der DGB vielerorts auf „digitale Kundgebungen“. Dabei wären natürlich auch unter Pandemiebedingungen Demonstrationen möglich gewesen. Und auch gerade notwendig! In München organisierten die Gewerkschaften ver.di und GEW sehr kurzfristig eine Demonstration, an der trotz der knappen Zeit zur Mobilisierung ca. 1.200 Kolleg*innen teilnahmen. Wir drucken die Rede eines GEW-Kollegen auf Seite 16 ab.

Ein positiver Aspekt bei der Entwicklung in Chile ist, dass der Widerstand gegen die Pinochet-Verfassung erfolgreich war. Es konnte eine neue Verfassungsgebende Versammlung gewählt werden. Zu den neuesten Geschehnissen bringen wir einen Artikel mit dem Titel: „Die bürgerliche Revolution schreitet voran.“

Auch zu den Ergebnissen der Wahlen im Vereinigten Königreich und den neuesten Entwicklungen bei Labour drucken wir einen Beitrag ab.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs endete zwar die politische Herrschaft der Nationalsozialisten, aber manche Nachwirkungen beschäftigen uns zum Teil bis heute. So gelten im Arbeitsrecht teilweise immer noch nationalsozialistische Regelungen. Der Spur des Faschismus im Arbeitsrecht geht Dr. Rolf Geffken nach.



Auch die Gewerkschaften waren nicht davor gefeit, einen ehemaligen Spitzenagenten der Nazis als ihren Vertreter in den Bayerischen Senat zu entsenden. Wie ein Spitzenagent der Nazis auf der Gewerkschaftsliste in den Bayerischen Senat kam ist auf der Seite 19 zu lesen.

Wir bedanken uns herzlich für die zahlreichen Zahlungseingänge, die uns nach der Beilage des Überweisungsformulars in der letzten Nummer erreichten! Viele zahlten mehr als den Preis für das Abonnement, manche wesentlich mehr. Dafür ein besonderes Dankeschön! Wir sind auch weiterhin auf Eure Mithilfe angewiesen, nicht nur finanzieller Art!

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme, Postfach
910307 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

aber auch Indien - ,fühlten sich von Chinas Machtanspruch zunehmend bedrängt'. Sie wünschten sich ,ein klares Zeichen der Solidarität'. Es sei daher an der Zeit, dass ,wir mit unseren Verbündeten Präsenz in der Region zeigen'". (sz.de, 04. 3. 2021)

Militärische Interventionen und Einmischungen in China durch deutsche Regime blicken auf eine über hundertjährige „Tradition“ zurück. Das Bemerkenswerte, aber leider nicht Erstaunliche dabei ist, dass es hierzulande in keiner politischen Phase, weder zu monarchischen, autoritären, faschistischen noch zu demokratischen Zeiten, irgendeine Art von Unrechtsbewusstsein gab. Auch heute geht eine verdammt große politische Koalition davon aus, China einhegen zu müssen; damit feiern Denkmuster und Stereotype des Kalten Kriegs Wiederauferstehung. Die nahe Zukunft wird zeigen, ob die alten antikommunistischen Ressentiments tragfähig genug sein werden, die neue Expansion zu begründen und zu entfalten.

Das deutsche Interventionsinteresse an China

Was vielen Deutschen zur historischen Verbindung mit China noch einfällt, reicht über 120 Jahre zurück und verbindet sich mit der sogenannten „Hunnenrede“ Kaiser Wilhelms II. zur Verabschiedung des deutschen Expeditionskorps Ende Juli 1900.

Die „Hunnenrede“ („Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! ... so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, daß es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen!“) blieb vor allem deshalb



ein Begriff, weil diese sprachliche Anlehnung an weit vergangene, mythisch überhöhte Zeiten gerne von der Propaganda der Westmächte im Weltkrieg aufgegriffen wurde, um den Feind zu diffamieren. Die ursprüngliche Verbindung mit der Bewegung der „Verbände für Gerechtigkeit und Harmonie“ in China, dem abfällig so bezeichneten „Boxeraufstand“, ging verloren.

Das deutsche Kaiserreich kam mit seinen Soldaten bekanntlich zu spät zur kurz zuvor beendeten Hauptkampfhandlung, der Besetzung von Tianjin und Beijing, allerdings rechtzeitig genug, um sich einen großen Anteil an der Kriegsbeute zu sichern. Mehr als 7000 Tonnen Silber sollte China allein an diesen Gegner bezahlen, was bedeutete, dass China bis 1938 von deutschen Rückzahlungskrediten abhängig werden sollte. Und das internationale Expeditionskorps, darunter das größte Einzelkontingent von 22.500 deutsche Soldaten, kam auch rechtzeitig genug, um drei Tage lang die offene, wehrlose Hauptstadt

zu plündern und willkürlich zu morden.

Bis zum Abzug der deutschen Marineexpedition, ein knappes Jahr nach ihrer Ankunft, dienten die Militäreinheiten dazu, den Sieg der vereinten imperialistischen Truppen auf chinesischem Boden durchzusetzen. Gerade die deutschen Einheiten taten sich dabei hervor, den „Widerstand zu brechen“, indem sie Verdächtige wie Nichtbeteiligte zusammentrieben und töteten. Zu diesem Zweck überließen die Alliierten den Deutschen die angrenzende Provinz Zhili (heute Hebei), die sie systematisch terrorisierten, in der sie hemmungslos und vor allem straffrei raubten, vergewaltigten, folterten und mordeten. Schutzrechte für die Zivilbevölkerung erkannten die Ausländer nicht an. Das Massaker von Liangxiang, bei dem

die Kleinstadt bei Beijing sturmreif geschossen und erobert wurde, woraufhin die deutschen Soldaten alle 500 männlichen Einwohner töteten, steht stellvertretend für ungezählte weitere Gräueltaten. Die Zahl der Opfer ist nicht überliefert, ebenso wenig ist überliefert, dass auch nur ein deutscher Soldat wegen seiner Morde und Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt worden wäre. Stattdessen galt die Devise, wie immer bei deutschen Kriegshandlungen, dass der Deutsche im Kampfe sich ehrenvoll verhalten habe. So gab der Generalleutnant von Lessel anlässlich eines Gerichtsverfahrens gegen einen Journalisten, der von den Massakern in China berichtet hatte und dafür zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, zu Protokoll: „Es ist nie vorgekommen, absichtlich nicht, daß Wehrlose von den deutschen Truppen erschossen worden sind. (...) Es sind kaum 10, höchstens 12 Fälle vorgekommen ...“¹ Die Abertausende von chinesischen Zivilisten zählten zu den ersten, die durch deutsches Militär getötet wurden. Sie bildeten aber erst den Auftakt für eine Vervielfachung der Opferzahlen, die von deutschen Militärstrategen verursacht wurde.

1– zitiert nach: Jean-Jacques Wendorff: Der Einsatz der deutschen und französischen Expeditionskorps in China während des Boxeraufstandes 1900 -1901. Diss. 2014, S. 522f.

Der Neubeginn des Verhältnisses zu China: Verlierer des Weltkrieges unter sich

Das deutsche Kaiserreich musste sein chinesisches „Pachtgebiet“ im November 1914 an die japanisch-britischen Angreifer übergeben, die deutsche Kolonialgeschichte in China war beendet. China erhielt sein Territorium, trotz seiner Kriegserklärung an das Deutsche Reich, vorerst nicht zurück. Die Alliierten sahen es bei den Friedensverhandlungen als nützlicher an, Japan als Siegermacht in Asien aufzuwerten und ihm koloniale Rechte auf Kosten Chinas zu gewähren. Schließlich war der neue Feind, die entstehende Sowjetunion, bereits ausgemacht und das sich rasch entwickelnde Japan schien den Westmächten der wesentlich aussichtsreichere Bündnispartner zu sein. Die offenkundige Unfähigkeit der chinesischen Regierung, die Interessen des Landes zu wahren, beförderte die Neuausrichtung der Politik. Der Kontakt mit dem vorerst international geächteten Deutschen Reich eröffnet daher China neue Möglichkeiten. Deutschland sollte China bei der Modernisierung der Gesellschaft, in allen Bereichen, unterstützen. Dafür erhält das Deutsche Reich einen verlässlichen Absatzmarkt für deutsche Waren und sichert sich einen Zugang zu Rohstoffen.

Insbesondere die Guomindang, die chinesischen Nationalisten, versprechen sich von der deutschen Zusammenarbeit eine Modernisierung des Militärs und so sondieren nach dem Ende des Weltkriegs mehrere chinesischen Delegationen beim deutschen Außenministerium und mehr noch bei der Reichswehr direkt die Möglichkeiten strategischer Unterstützung.

Die junge Weimarer Republik spielt die chinesische Karte mit einigem Erfolg. Einmal winkt ein zuverlässiger Handelsmarkt in einer zuvor kaum vorstellbaren Größenordnung, deutsche Industrieunternehmen jubilieren. Weiters lässt sich die internationale Isolation aufweichen. Ein Durchbruch ist dies noch nicht, dafür wird China zu sehr ignoriert. Das Deutsche Reich signalisiert den Westmächten zwar internationale Anerkennung, kann aber dann, wenn sich die Gelegenheit in Europa oder

den USA bietet, die Beziehungen zu China wieder zurückfahren. In dieser Schaukelpolitik manifestieren sich Unterschiede der politischen und wirtschaftlichen Präferenzen. Die Reichsregierung versucht das Engagement in China möglichst unter der westlichen Wahrnehmungs-, besser Störschwelle zu halten, die Reichswehr dagegen sieht in China die Chance, ihre eigenen Militärstrukturen ungebrochen und unkontrolliert weiterwirken zu lassen. Nicht zufällig werden die widerwärtigsten Führungsscharaktere der Reichswehr als strategische Berater im Dienste der chinesischen Armee ausgewählt. Das bedeutet, dass in den späteren 1920er und 1930er Jahren mehr und mehr der Machterhalt der GMD in den Mittelpunkt der „Beratung“ rückt, die Durchsetzung Chiang Kaisheks als chinesischer Herrscher wird Zweck und Ziel deutscher Interessen. Damit ist die Reichswehr Partei im chinesischen Bürgerkrieg gegen die KommunistInnen, weit mehr als in der Auseinandersetzung mit den japanischen Usurpatoren.

Die deutschen Militärberater

Nach den gescheiterten Aufständen der KommunistInnen in Shanghai und anderen Städten warf die GMD 1927 ihre sowjetischen Berater aus dem Land, eine äußerst komplizierte und widersprüchliche Beziehung war unwiderruflich zu Ende gegangen.

Die Taktik, die „fortschrittliche“ Fraktion der GMD mit den kommunistischen Kräften zusammenzuführen, um den Klassenkampf erfolgreich zu führen, erwies sich als die Illusion, die sie von vorneherein war.

Diese strategische Lücke sollte umgehend gefüllt werden, und dafür umgehend gefüllt werden, und dafür bot sich die Intensivierung der Kontakte zur deutschen Reichswehr an. Sun Yat Sen hatte bereits vor dem 1. Weltkrieg Kontakte zum deutschen Militär hergestellt, begleitet von Gesprächen mit deutschen Industriellen.² Zum Deal gehört also von Beginn an, dass zum strategischen Knowhow auch die Errichtung einer

schwerindustriellen Basis einschließlich der Lieferung moderner Waffen. Ohne Militär ist infolgedessen die wirtschaftliche Expansion ebenso wenig denkbar wie umgekehrt. Über alte Kontakte bittet der Rektor der Sun Yat Sen-Universität seinen ehemaligen deutschen Professor um Gutachten für geplante Munitionsfabriken in Guangzhou. Die „mächtige, aber geheime Koalition zwischen rechten deutschen Industriellen und pensionierten monarchistischen Offizieren, die während des Krieges so erfolgreich zusammengearbeitet hatten“³ sei ausschlaggebend gewesen, den Oberst Max Bauer auf eine Inspektionsreise nach China zu vermitteln.

Max Bauer war Berater Ludendorffs und wie sein Chef ein Todfeind der neuen republikanischen Ordnung. Er war maßgeblicher Aktivist beim Kapp-Putsch, deshalb wurde ihm der Boden in Deutschland für einige Jahre zu heiß. So tauchte er als Industrielobbyist und Waffenhändler bis 1926 in mehreren Ländern mit mehreren Aufträgen ab. Schließlich, mit knapp 60 Jahren, nahm er das Angebot der chinesischen Nationalisten an, nicht ohne die in Deutschland weilende Studienkommission vor der Abreise als Türöffner zu „Akquisitionsgesprächen bei deutschen Rüstungsbetrieben“⁴ zu begleiten. Mit Bauer und Chiang scheinen sich verwandte Seelen gefunden zu haben. Ohne (offizielle) Unterstützung durch die Reichsregierung und gegen die Interessen des „linken“ Flügels der GMD arbeitet Bauer 1928 ein Memorandum zur Reorganisation der chinesischen Armee aus, welches Chiang in der Folgezeit umzusetzen sucht. Die Zusammenarbeit zwischen einem reaktionären chinesischen Autokraten und einem reaktionären, rassistischen deutschen Kommisschädel versprach die schönsten Blüten zu treiben. Dann stirbt Bauer 1929 während einer „Dienstreise“, als er Chiang auf einem Feldzug begleitete, an einer Pockeninfektion. Sein Stellvertreter, Oberstleutnant Hermann Kriebel, wird Bauers Nachfolger, allerdings nur ein Jahr lang. Er entstammte demselben Ludendorff-Dunstkreis,

2– Bernd Martin: *Die deutsche Beraterschaft in China (1927 – 1938)*, in: *Militärgeschichte* 29 (1990), S.531

3– ebd., S. 532

4– [https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Bauer_\(Offizier\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Bauer_(Offizier))

verdiente sich die ersten Nazi-Lorbeer beim Hitlerputsch 1923 und war im April 1924 zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt worden. Beinahe überflüssig zu erwähnen ist, dass er im Dezember 1924 „auf Bewährung“ freigelassen wurde. Danach „bewährte“ er sich beim Völkischen Beobachter und besserte seine Finanzen als Generalbevollmächtigter der „Vormundschaft zur Verwaltung des Besitzes der minderjährigen Erben“ von Gütern in Kärnten auf.

Es fällt bei den deutschen Militärberatern auf, dass sie alle zwei Eigenschaften aufweisen, die sie für diese Position in China prädestinieren: einmal eine reaktionäre, herrschaftsklassenbezogene Grundhaltung, die sie für jeden gesellschaftlichen Ausgleich unempfänglich macht. Diese wird ergänzt durch eine vollkommen skrupellose, auf gnadenlose Vernichtung des Feindes zielende Berufsauffassung, gepaart mit einem abgründigen, völlig unverbrämten Rassismus. Zum zweiten zeichnet diese Figuren ihre Habgier aus, die sie empfänglich macht für jedwede „Zuwendung“, Provision oder „Erfolgspremie“, die sich denken lässt.

Kriebel wird bald von chinesischer Seite sein undiplomatisches Verhalten und „eine einseitig deutsche Interessen vertretende Haltung“⁵ vorgeworfen, was, noch zurückhaltend chiffriert, genau dieser Mischung aus Rassismus und Geldgeil-

heit entspricht. Nachdem sich auch die deutschen Zivilberater gegen ihn stellen, entspricht das Reichswehrministerium Chiangs Wunsch nach Entsendung eines „prominenten Reichswehrgeneral[s]“⁶. Deshalb billigt das Ministerium die Verpflichtung des 1927 als Chef des Truppenamts, „des heimlichen Generalstabs der Reichswehr“⁷, pensionierten Generals Georg Wetzell. Ein weiteres Mitglied der Ludendorff-Gang rückt in die

arbeiter dieser Mission übertragen werden. Die deutsche Militärmission bei Chiang Kai-shek erreicht den Höchststand von 77 Beratern, Ausbildern und Lehrenden an chinesischen Militärakademien.

Die Militärs befinden sich in enger Partnerschaft mit prominenten Vertretern der deutschen Industrie, von Transportunternehmen und Banken. Wie aus einem Memorandum des Delegationsteilnehmers Hans Schip-

pel aus dem Dezember 1930 hervorgeht, erwarten seine Kollegen und er von (GMD-) China die Lösung mehrerer Probleme. So lasse sich die Arbeitslosigkeit durch eine großangelegte Exportoffensive nach China drastisch reduzieren. Auch das heimliche Wiederaufrüstungsprogramm des Reichswehrministeriums aus dem Juni 1930 könne von der China-Lösung profitieren. „Dementsprechend sollte die deutsche Industrie Waffen produzieren, diese sollten mit beträchtlichem Profit an die chinesische Armee verkauft werden, in der pensionierte deutsche

Reichswehroffiziere sie dann testen konnten. In jeder Hinsicht sollte China (...) ein weiteres Gebiet werden, auf dem das deutsche Militär und die deutsche Industrie eng zusammenarbeiten und einander in ihren jeweiligen Zielen unterstützen konnten.“⁸ Chiang wird in zunehmendem Maße von den Deutschen abhängig. Ohne ihre Waffen⁹ wären seine Vernichtungszüge vor allem gegen die KommunistInnen nicht möglich, zumal er auch gegen diverse einheimische Warlords und gegen die japanischen Invasoren der Mandschurei unter Druck steht. Und ohne ihr strategisches Vorgehen könnte er seine materielle Überlegenheit nicht in militärische Siege übersetzen. Wetzells Eingangserfolge bei Chiangs Nordfeldzug gegen eine Koalition lokaler Kriegsherren begründen dessen bald unantastbaren Ruf. Seine Stärke auf militärischem Gebiet ist aber gleichzeitig sein größter Schwachpunkt. Er kennt nur Sieg oder Niederlage und



Deutsche Ehrenmänner, die Angeklagten des „Hitlerputsches“ nach der Urteilsverkündung, von links nach rechts: Heinz Pernet, Friedrich Weber, Wilhelm Frick, Hermann Kriebel, Erich Ludendorff, Adolf Hitler, Wilhelm Brückner, Ernst Röhm, Robert Wagner.

Quelle: wikimedia.org, Bundesarchiv Bild 102-00344A

Chefberaterfunktion nach und jetzt wird aus dem Freibeuterposten seiner Vorgänger unter dem Schutz der Weimarer Republik eine strategische Außenstelle deutscher Politik. Ein Büro in China übernimmt die Sammlung und Koordination der Informationen von den jeweiligen Feldzügen Chiangs, wöchentliche Berichte des Chefberaters sollen ausgewertet und in Aufgaben der zahlreichen Mit-

5– https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Kriebel

6– Martin, *Beraterschaft*, S. 532

7– ebd., S. 533

8– ebd.; Hans Schippel war 1930 Leiter der Reichsbankfilialen Lübeck und Hamburg, bevor er in den Vorstand der Dresdner Bank aufstieg und als „Betriebsführer“ fungierte. Selbstverständlich NSDAP-Mitglied, sammelte er in den 1930er und 1940er Jahren diverse Aufsichtsratsmandate. Einen kurzen Karriereknick zwischen Herbst 1945 und Dezember 1947 löste seine Internierung durch die US-Besatzer aus. In den 1950er Jahren war er ein so gerne gewählter und beliebter Aufsichtsrat wie in den NS-Jahren zuvor. Dies sah die Bundesrepublik Deutschland genauso: er erhielt 1955 das Große Bundesverdienstkreuz.

9– 1926 gingen 60% aller deutschen Waffenexporte nach China; der chinesische Exportanteil am gesamten deutschen Außenhandel lag 1926 weit über dem Vorkriegsstand. Bernd Martin: *Das Deutsche Reich und Guomindang-China, 1927 – 1941*, in: Hengyu Guo (Hg.): *Von der Kolonialpolitik zur Kooperation: Studien zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen*. München 1986, S. 332

weigert sich, etwa zwischen den unterschiedlichen Interessen deutscher und chinesischer Industrieller zu vermitteln. Dies macht ihn auf die Dauer für Chiang nur schwer verwendbar. Vorerst aber braucht er den deutschen General, um die KommunistInnen entscheidend zu schwächen, ihre personellen, militärischen und sozialen Strukturen im Land auf Dauer zu zerschlagen. Wetzell ist bei allen fünf Einkreisungs- und Vernichtungskampagnen Chiang Kai-sheks gegen die chinesischen Sowjetgebiete in der Provinz Jiangxi zwischen Ende 1930 und 1934 dabei. Dabei nähern sich die chinesische nationalistische Armee und die deutsche Berater-schaft allmählich ihrem gemeinsamen Ziel an, die kommunistischen Kräfte in China auszumerzen. Über die Prioritäten gibt es auf deutscher Seite noch unterschiedliche Auffassungen: die Militärs wollen bei ihrem engeren Aufgabengebiet bleiben, die Zentrale in Berlin sieht die Beratertätigkeit als „ein[en] Aktivposten potentieller militärischer Revisionspolitik“. ¹⁰ Um es konkreter zu sagen: Das deutsche Rüstungsprogramm von 1930 hängt vom Zugang zu Spezialerzen ab. Aus China soll die Zulieferung von Wolfram sichergestellt werden. Die ersten drei Kampagnen, weitgehend nach chinesischen, traditionellen Vorstellungen geführt, laufen jeweils kurze Zeit, mit hoher Personal- und Materialintensität, aber ohne Nachhaltigkeit der Maßnahmen. Die von Chiang „befreiten“ Gebiete werden allein als Geländegewinne betrachtet, die Bedürfnisse der Bevölkerung sind der Armee völlig egal. Nach Abzug der Nationalisten – und sie mussten abziehen, die Soldaten werden anderswo benötigt – kehren die geflohenen KommunistInnen zurück und nehmen ihre Tätigkeit wieder auf. Im ersten Feldzug kämpft Militär aus der Provinz im Auftrag Chiangs, er muss wegen der mangelnden Kampfbereitschaft seiner Truppen schnell abbrechen. Die deutschen Berater feilen bereits an der Strategie des nächsten Versuchs, sie wollen die Führungsebene und die Befehlsstrukturen straffen und raten zu unbedingtem, schnellem und überraschendem Offensivverhalten. Chiang scheint mit seiner Militärführerschaft noch nicht einig zu sein, die deutschen Pläne bleiben in der Schub-

lade. Im Sommer 1931 übernimmt er selbst das Kommando auf dem dritten Feldzug, diesmal holt er sich Wetzell in sein Hauptquartier an die Front. ¹¹ Der Feldzug soll zum Bewegungskrieg werden, die chinesischen Kommandierenden sind endlich straff und konsequent im Sinne der vereinbarten Strategie zu führen, die Aufmarschgebiete müssen infrastrukturell ausgestattet und die Nachschubwege gegen Partisanenaktionen gesichert werden. Dies sei die Voraussetzung dafür, den Blockadering um die KommunistInnen dauerhaft immer enger zu ziehen. Die sogenannte „Blockhausstrategie“ soll das bisherige Patt überwinden. Der dritte Vernichtungszug ist noch nicht auf die neue Taktik ausgerichtet. Auch die vierte Kampagne muss vorzeitig, nach einem Dreivierteljahr, abgebrochen werden, allerdings zeigt sich, dass die Nationalisten Erfolge zu verzeichnen haben. Der Widerstandswille der sowjetischen Gebiete wird durch die ständige Bedrohung und Bekämpfung ausgehöhlt. Um die Disziplin aufrecht zu erhalten, wird die Strafordnung für Konterrevolutionäre deutlich verschärft. ¹² Die fünfte Einkreisungs- und Vernichtungskampagne, die ein komplettes Jahr, von Oktober 1933 bis Oktober 1934, läuft, die von den GMD mit bis zu 700.000 Mann und mehreren hundert Flug-

zeugen geführt wird, soll die Entscheidung bringen. Und das tut sie auch, wenngleich auf eine etwas andere Art. Wetzell, der mit seinen Ratschlägen durchgedrungen war, und die deutschen Berater, die das chinesische Führungspersonal mindestens in den Grundlagen geschult hatten, haben die Basis für den nationalistischen Erfolg gelegt. Dabei bleiben mentale Unterschiede als Störfaktoren durchaus erhalten, wie eine Episode illustriert: „Er schlug (...) einen Frontalangriff gegen die Revolutionäre [vor], was natürlich ganz und gar nicht in das traditionelle chinesische Konzept von Kriegsführung paßte. Überdies befremdeten Wetzells Ratschläge, auf der Stelle alle Kommunisten zu erschießen sowie jede Person, die mit einer Waffe angetroffen wurde, zu liquidieren (...)“ ¹³ Allein die Früchte seiner Bestrebungen erntete Wetzell in China nicht mehr, er wurde 1934 abgezogen. Seine Stelle nahm, mit Unterbrechungen, auf Einladung Chiang Kai-sheks General Hans von Seeckt ¹⁴ ein, der mit einer Inspektionsreise geködert worden war. Seeckt, inzwischen 68 Jahre alt, „hatte keinerlei Interesse an China. Aus persönlichen Gründen – er brauchte dringend Geld – nahm er die Einladung jedoch an, und es gelang ihm, mit Hilfe eines übel beleumundeten Rüstungslobbyisten, Hans Klein ¹⁵, bei seinem ersten Besuch in China Rüstungsverkäu-

10– ebd., S. 340

11– ebd., S. 341

12– Dieter Kuhn: *Die Republik China von 1912 bis 1937*. 3Heidelberg 2007, S. 549

13– Martin, *Beraterschaft*, S. 533. Bernd Martin gewichtet in seinen Arbeiten die Bedeutung der deutschen Beratung, speziell Wetzells, für den Erfolg der Vernichtungskampagnen Chiang Kai-sheks auffällig unterschiedlich. 1986 schreibt er davon, dass „an diesem Sieg der GMD-Truppen (...) deutsche Berater keinen direkten Anteil“ hätten und „Wetzell daher auf Seiten der Guomindang bestenfalls Anregungen vermittelt“ habe. 1990 liest sich das anders: Wetzell half „Chiang sogleich bei seinem Feldzug (...) und galt als Urheber des überragenden Sieges. Ebenfalls spielte er bei allen fünf Feldzügen gegen die Kommunisten in ihrem Rätestaat Kiangsi (= Provinz Jiangxi) eine wichtige Rolle.“ Die Neugewichtung scheint nicht auf neuen Erkenntnissen zu beruhen, die Quellenangaben stützen diese Schlussfolgerung nicht. Hat vielleicht das Publikationsorgan „Militär-geschichte. Zeitschrift für historische Bildung“, herausgegeben vom Bundesministerium für Verteidigung, die Feder des Sinologen ein wenig beflügelt?

14– Hans von Seeckt war in der Weimarer Republik erster Chef des „Truppenamts“, einer Tarnbezeichnung für Generalstab, und weigerte sich, Reichswehr gegen die Kapp-Putschisten einzusetzen („Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“). Später zeichnete er für ein detailliertes Aufrüstungskonzept unter strengster Geheimhaltung verantwortlich. aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_von_Seeckt

15– Hans Klein, auch China-Klein genannt, war Waffenhändler im Gefolge von Seeckts, der von diesem in China zum Wirtschaftsberater ernannt wurde. Die Geschäfte liefen ausgezeichnet, bis das Deutsche Reich 1938 den Alliierten auswechselte. Ab 1939 arbeitete Klein von der Schweiz aus. 1957 klagte er gegen die Bundesrepublik auf Entschädigungsleistungen. Das Gericht lehnte mit einer interessanten Begründung ab: „Klein sei nicht wegen politischer Gegnerschaft zum Nationalsozialismus (...) in Konflikt mit Hitler geraten. Hätte Hitler seine wirtschaftlichen Gedankengänge gebilligt, dann wäre der Kläger zu einer Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus bereit gewesen.“ aus: [https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Klein_\(Waffenhändler\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Klein_(Waffenhändler))

fe in großem Ausmaß zu arrangieren.“¹⁶ Fünf Armeen stehen unter der Regie Chiangs zur Vernichtung der RevolutionärInnen bereit. Entlastungsangriffe der Roten Bauernarmeen, um Nachschubwege zu durchtrennen und so die bis Linchuan vorgerückte Front zu isolieren, scheitern allein schon an der Massivität der Nationalisten. Diesmal setzt Chiang den Faktor Zeit großzügig ein, die Kampagne dauert ein volles Jahr. Für diesen neuen strategischen Ansatz zeichnen die deutschen Berater verantwortlich. Nicht nur die materielle Überlegenheit mit Aufklärung aus der Luft, Bombenangriffen, Panzerattacken und Artilleriebeschuss soll in diesem fünften Versuch die Entscheidung bringen, alle Weichen sind diesmal auf die Vernichtung des Feindes gestellt. Sogar mit den Japanern, mit denen Chiang seit der vollständigen Besetzung der Mandschurei 1932 immer wieder in Scharmützel verwickelt war, hatte er einen Waffenstillstand abgeschlossen. Die Deutschen setzten die Blockhausstrategie durch, wodurch die Einkreisungstaktik wesentlich undurchlässiger und nachhaltiger wirken konnte. Lediglich etwa vier Kilometer pro Tag rücken die Nationalisten auf Sowjetgebiete vor, indem jeder Bezirk systematisch umzingelt und eingeschnürt wird. Danach wird jedes Dorf von Haus zu Haus auf möglichen Widerstand durchkämmt. Nach Einschüchterung, Bestrafung und Exekutionen werden die „befriedeten“ Territorien mit Wachttürmen, Befestigungen, Bunkern und anderen Bauten gegen Guerillaaktionen gesichert. Über 2.400 Befestigungsanlagen werden errichtet, die mit über 1.000 Kilometer neuer Straßen versorgt werden. 20.000 ArbeiterInnen haben diese Verkehrswege zu errichten. Zur Absicherung gegen die Wiederkehr der revolutionären KämpferInnen dient den Nationalisten ein Netz von „Nachbar-

schafts-Bürgerschaftseinheiten“, sprich einem lokalen Spitzelsystem, das nicht nur die HelferInnen persönlich für ihr Tun haftbar macht. Vielmehr werden lokale Einheiten für das „Vergehen“ Einzelner kollektiv bestraft¹⁷. Die Handschrift der deutschen Beraterschaft ist überdeutlich erkennbar, eine Reihe von Versatzstücken dieser strategischen Vorstellungen findet sich wieder im Kampf gegen PartisanInnen während des 2. Weltkriegs.



Otto Braun

Während die Angriffe der weitgehend koordiniert und konsequent agierenden Nationalisten Kreis um Kreis erobern und Zugangswege zu den kommunistisch dominierten Territorien abgeschnitten werden, sind sich die revolutionären Führer uneinig. Die Zentrale der KPCh, die immer noch auf Stalin orientiert war, entsandte Bo Gu in die Provinz und als „Militärberater“ der Komintern Otto Braun¹⁸. Mit den militärischen Führern der revolutionären Truppen vor Ort, vor allem Zhu De und Mao, finden sie keinen Konsens im Vorgehen. Otto Braun beharrt auf der Stel lungskrieg-Taktik, die in den Augen

Maos die eigenen Kräfte bloß verheizt, denn beim Nachschub sind die Nationalisten stets und hoch überlegen im Vorteil. Die Revolutionskräfte finden schließlich kein Gegenmittel, so dass nach dem Fall der Stadt Gu-angchang, dem Zugang zum kommunistischen Kerngebiet Ruijin, der Führung klar wird: die eigenen Leute, die noch kampffähig und -bereit sind, müssen abgezogen werden. Unter weiteren hohen Verlusten gelingt im Herbst 1934 der Ausbruch (von im Vergleich mit den vorherigen Kräfteverhältnissen wenigen KommunistInnen). Die deutsche Chefberaterstelle bei Chiang hatte inzwischen wieder einmal gewechselt, seit 1934 zeichnete Alexander von Falkenhause n verantwortlich. Er war nun ein anderes Kaliber als sein Vorgänger, denn er war noch aktiver Militär der Reichswehr, dessen Schwerpunkt in Asien die japanische Expansion war. Deshalb wusste er, was in China Sache war. Als Mitglied der DNVP und des Stahlhelm befand er sich an der unklaren Scheidelinie zwischen den monarchistisch-reaktionär ausgerichteten Rechten und der NSDAP. Falkenhause n, der 1937 sogar selbst ein chinesisches Kontingent, jetzt gegen die Japaner, führte, unterlag im Streit um die richtige Alliiertenwahl in Ostasien dem deutschen Außenamt und kehrte 1938 nach der Auflösung der deutschen Militärmission in das Deutsche Reich zurück.

Das Nachspiel

Die offiziellen Beziehungen zu Chiangs nationalistischer Regierung waren 1938 abgebrochen worden, Deutschland hatte das Marionettenregime in Mandschukuo anerkannt und die Waffenlieferungen gestoppt, nicht aber die Handelsbeziehungen mit China insgesamt. Selbst die Kriegserklärung der Republik China an das Deutsche Reich 1941 beendete die Beziehungen nicht, es gab in der Folge auch keine Kriegshandlungen zwischen beiden Seiten. Personell blieben Beziehungen bestehen, denn zumindest zwei deutsche Militärberater gehörten trotz des Rückkehrbefe hls 1938 weiter dem Stab Chiang Kai-sheks an. Auch sie waren 1949, nach der endgültigen Niederlage der Nationalisten, nach Taiwan evakuiert worden und verblieben in national-

16– Martin, *Beraterschaft*, S. 534

17– Die Angaben zur Strategie und zu den Größenordnungen sind entnommen: Kuhn, *Republik China*, S. 551f.

18– Otto Braun (chinesisch: Li De) war zu jung, um im 1. Weltkrieg gekämpft zu haben. Er erhielt seine militärische Schulung in der Sowjetunion und wurde als Berater, besser: als Aufpasser, nach China entsandt. Seine Strategie beschleunigte im Endeffekt die kommunistische Niederlage, doch begab er sich schließlich mit auf den Langen Marsch. Nach seiner Tätigkeit als Übersetzer und Redakteur in der Sowjetunion ging er 1954 in die DDR. Als schließlich die KPdSU und die KPCh miteinander brachen, gab er sich dafür her, Maos politische Haltung und seine Lebensweise öffentlich zu „entlarven“.
aus: [https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Braun_\(Kommunist\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Braun_(Kommunist))

chinesischen Diensten.¹⁹ Ähnlich wie in den 1920er Jahren war es in den 1950ern angeraten, die Beziehungen zu Nationalchina nicht allzu publik werden zu lassen, vieles musste unter dem Radar der Öffentlichkeit und dem der USA bleiben. Taiwan ging die Fragen offensiver an: Chiang wollte diplomatische Beziehungen zu Westdeutschland, um die Anerkennung der Volksrepublik China zu verhindern. Die alte BRD suchte eine Festlegung zu verhindern, schließlich könnte der nationalchinesische Alleinvertretungsanspruch die eigene Deutschlandfrage belasten. Länder, die die Volksrepublik anerkannten, könnten wegen dieser Beziehungen am Ende die DDR anerkennen, in den Augen Bonns eine Katastrophe.

Und die militärischen Spannungen zwischen den USA und der Volksrepublik drohten Westdeutschland offen in den Konflikt zu ziehen²⁰. Die deutschen Geschäfte sollten unter diesen diplomatischen Rücksichtnahmen allerdings nicht leiden. Ohne Anerkennung Chinas und ohne offizielle Handelsbeziehungen zu beiden Seiten gelang es der BRD seit 1963 zum wichtigsten Handelspartner der Volksrepublik in Europa aufzusteigen und gleichzeitig die Kontakte zu Taiwan zu intensivieren.

Die wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte wurden verstärkt. Noch ein weiterer Kontakt war ohne jedes Aufsehen ausgebaut worden: unter General Gehlen arbeitete der BND seit den 1950er Jahren mit den nationalchinesischen Diensten zusammen. Er schöpfte Erkenntnisse über die Entwicklung der Volksrepublik ab und sorgte in der BRD dafür, dass Rüstungsmaterial und Maschinen zur Munitionsherstellung nach Taiwan kamen²¹. Da waren die alten Kontakte plötzlich wieder gefragt: Alexander von Falkenhausen, der Chefberater bis 1938, vermittelte den ehemaligen General der Panzertruppe, von Schweppenburg, in die nationalchinesischen Dienste. Er sollte Ausbildungsunterlagen und -standards für den Einsatz von Panzertruppen liefern, ein Signal dafür, dass Chiang Kai-shek weiter eine aktive Rückeroberungspolitik des Festlandes verfolgte. Die USA waren für ihn unsichere Verbündete, er sah deren eigene Interessen, zur Verständigung mit der Volksrepublik zu

kommen. Militärberater aus anderen Ländern sollten ihm neue taktische Möglichkeiten eröffnen. Und die deutsche Armee und ihre besondere Schlagkraft galt ihm als erste Wahl. „Dieses positive Urteil übertrug man auf die Bundeswehr, deren Kampfkraft von der nationalchinesischen Führung ähnlich hoch eingeschätzt wurde wie die der Wehrmacht.“²² Es war für die westdeutschen Geheimdienste wohl zu verlockend, einen exklusiven Informationszugang auf oberster Ebene zu erhalten, der sie in die erste Reihe eines Weltkonflikts katapultierte.

Der geeignete Leiter war in Generalmajor a.D. Oskar Munzel schnell gefunden. Er führte im Weltkrieg mehrere Panzerdivisionen, kommandierte dazwischen eine Panzertruppenschule und wirkte bereits ab 1951 wieder als Militärberater der ägyptischen Regierung, bevor er als Brigadegeneral 1956 in die Bundeswehr übernommen wurde. Der Sohn Chiang Kai-sheks, der während des Krieges in der Wehrmacht Dienst tat, koordinierte die Tätigkeit der deutschen Beratergruppe mit den taiwanesischen Ausbildungseinheiten. Munzels Mitarbeiterstab bestand aus militärischem Begleitpersonal, zuerst aus BND-Leuten, später aus Wehrmachts- bzw. Bundeswehroffizieren, anfangs nur zwei oder drei Personen, später sieben Berater.²³

Als Tarnung der Militäroperation diente das Kultur-Kolleg in Taipeh, wohin sie als Dozenten eingeladen waren. Neben die hervorragende Quellenlage, die eigentlich ein genügender Anreiz für die Geheimdienstoperation sein sollte, trat noch ein finanzielles Schankerl: Taiwan trug alle Kosten und zahlte (für Mitte der 1960er Jahre) nicht schlecht: gestaffelt nach militärischem Rang zwischen 3.000 und für den Chef 5.000 DM als „Aufwandsentschädigung“ pro Monat. Chiang wollte dafür auch eine Gegenleistung. Die Deutschen unterstanden ihm persönlich, ihr Auftrag bestand in der Weitergabe von notwendigem technischen Wissen und

der Ausbildung von nationalchinesischen Kampftruppen. Ergänzt hatte Munzel das Programm in Taiwan durch die Vermittlung nationalchinesischer Offiziere an die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Mindestens 25 Anwärtler erhielten dort ihre theoretische Ausbildung oder wurden sogar in die Truppe integriert. Munzel war 1968 aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden, hatte aber für die nahtlose Nachfolge gesorgt: Generalmajor a.D. Paul Jordan, altes Panzermilitär, bewährt an der Ostfront, seit Gründung der Bundeswehr wieder in der Truppe. Die Biographien ähneln, ja decken sich und dies ist kein Zufall. Derselbe Typus von Militär, der durch die Zeiten immer gleichgeblieben ist und der sich jedem Regime andient, egal ob faschistisch, monarchistisch oder bürgerlich-demokratisch. Auch der letzte (bekannte) Chefberater, Kurt Kaufmann, gehört ohne Abweichung in dieses Raster. Unabhängig von den weltpolitischen Veränderungen, der Anerkennung der VR China durch die USA und dem Ausschluss Taiwans als Vertreter Chinas aus der UNO zu Beginn der 1970er Jahre, blieb die deutsche Militärberatung auf der Insel aktiv. Erst der Tod Chiang Kai-sheks 1975 machte dem Spuk ein Ende²⁴.

Die Gegenwart, der Neubeginn einer vergangenen Zeit?

Selbstverständlich bewegen sich die Akteure von heute nicht mehr im politischen, ökonomischen und militärischen Rahmen von 1900, 1930 oder 1975. Direkte Ableitungen aus früherem Verhalten verbieten sich, wenn man die heutige Situation einschätzen möchte. Allerdings gibt es Interessenmuster, auf China bezogen, in der deutschen Politik, die immer wieder durchscheinen.

So entfaltet die Regierung ihre Vorstellungen von einer ihr angemessenen Weltordnung, indem sie sich auf ein rechtmäßig handelndes Bünd-

19– Chem Chen: *Deutsche Militärberater in Taiwan. Die deutsch-nationalchinesischen Beziehungen im Kalten Krieg*. in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Jahrgang 51 (2003), Heft 3, S. 387

20– ebd., S. 389

21– ebd., S. 391

22– ebd., S. 394

23– ebd., S. 395

24– ebd., S. 399

nis beruft, das gerne auch den Windschatten eines mächtigeren Alliierten bietet. Die Interessen bemäntelt sie vorzugsweise mit den „gemeinsamen Werten“ der Gemeinschaft, in die man gerade eingebunden ist. Das Deutsche Reich handelte vor 120 Jahren im Sinne der Kolonialmächte, vor 50 Jahren im Auftrag der gemeinsamen Kommunistenabwehr und heute, um gegenüber den angeblich von China bedrängten Ländern in Süd-, Südost- und Ostasien oder Australien (die Liste kann jederzeit beliebig erweitert werden) „Solidarität“ zu bezeugen. Das Heil geht wieder einmal vom ach so demokratischen Westbündnis aus. Dabei wird der offizielle Tonfall beständig aggressiver und grundsätzlicher. Die deutsche Regierung will in der Auseinandersetzung mit der Volksrepublik selbstverständlich mehr, als einfach ihre Interessen in einer komplexer gewordenen Gesamtsituation durchzusetzen. Die Deutschen wollen, wie dies der unnachahmliche Vertreter der Sozialdemokratie in der Bundesregierung, Außenminister Maas, so bezeichnend formuliert: Die Staats- und Regierungschefs müssten (anlässlich der G7-Konferenz in Cornwall/Juni 2021) „schlagkräftig“ handeln, um die Zukunftsfähigkeit des offenen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells zu beweisen. (zitiert nach ARD-Angaben, 10. Juni 2021)

Es geht also wieder einmal um die alleinig richtige Weltsicht, ums Ganze eben. Es ist kein Zufall, dass es schon wieder mal keine Parteien mehr gibt, was diese Sichtweise betrifft. Bis auf die Linkspartei (hoffentlich!) hätten die VertreterInnen aller Bundestagsparteien für dieses Statement verantwortlich zeichnen können. Da legt man gerne die sonst nach außen gekehrte Zurückhaltung ab, was den Umgang mit der kolonialen Vergangenheit und den tödlichen



Waldersee-Denkmal

Einmischungen in deren Gefolge angeht. Beinahe schon zu vernachlässigen sind die sprachlichen Kolonialreste in der deutschen Öffentlichkeit: es wird noch immer vom „Boxeraufstand“ gesprochen, sozusagen von einer unrechtmäßigen Revolte gegen legitime Verhältnisse, ausgeführt von Menschen, die eher als fehlgeleitete Faustkämpfer wahrgenommen wer-

den, als von einer Erhebung gegen koloniale Unterdrückung. Wie viele „Waldersee“-Straßen/-Alleen gibt es noch im deutschen Straßenbild?²⁵ 2014 waren es noch vierzehn.²⁶ Dazu kommt in Hannover das viereinhalb Meter hohe figürliche Waldersee-Denkmal, das Ende 2020 zwar ins Gerede kam, aber natürlich nicht geschleift wurde.²⁷ Die Weltmeister der „Vergangenheitsbewältigung“ lassen sich nicht diktieren, welche Vergangenheit und wie diese Vergangenheit „bewältigt“ werden soll. Die koloniale und interventionistische, auf Unterjochung zielende Politik in China zählt offenkundig nicht dazu. Das Instrument ist und bleibt ein Mittel der außenpolitischen Selbstdarstellung.

Ein weiteres Merkmal deutscher Politik früher wie heute ist die Durchsetzung eigener Wirtschaftsinteressen. Einerseits kritisieren, sanktionieren, bedrohen und aufrüsten ist nach deutscher Ansicht kein Widerspruch dazu, mit demselben Land, jetzt „Partner“ genannt, geschäftliche Beziehungen auf breiter Ebene zu führen und Profite wie mit keiner anderen Weltregion einzufahren. Dafür hat sich die ganz große Koalition in Deutschland die Formel zurechtgelegt, China sei „Systemwettbewerber und Partner (und Konkurrent)“ in einem. Je nachdem, wie man es gerade braucht.

Ob dieses Wunsch-dir-was tatsächlich aufgeht, hängt aber nicht von den Deutschen allein ab. Insofern scheint es im Fall China zurzeit angeraten, mehrgleisig zu fahren und sich Handlungsoptionen vorzubehalten.

Ein Ausstieg aus diesem Konfliktszenario ist nicht in Sicht, mit Verschärfungen der Auseinandersetzung ist auf verschiedenen Ebenen zu rechnen. Die Weltlage wird, ungeachtet der Menschheitsprobleme Klima und Ungleichheit, unsicherer.

Und vergessen wir nicht: wir haben vor 20 Jahren in Serbien gesehen, was geschieht, wenn ein grüner Außenminister seine Lehren aus Auschwitz zieht. Was wird uns erwarten, wenn eine grüne Außenministerin künftig die Lehren aus dem Boxeraufstand zu ziehen bereit ist?

25– Alfred von Waldersee, Ehrenbürger der Stadt Hannover, war Oberbefehlshaber des (Zweiten) internationalen Expeditionsheeres, das nach der Plünderung Beijings fast ein Jahr lang in den Nachbarprovinzen zerstört, geraubt und gemordet hat. Die Zahl der getöteten „Boxer“ „ist nicht bekannt.“, wie es so bezeichnend im Wikipedia-Eintrag heißt.

26– Wendorff: *Expeditionskorps in China*, S. 400

27– So wendet sich die *Hannoversche Allgemeine* in ihrer Online-Ausgabe vom 13. Dezember 2020 gegen die Abtragung des Denkmals und die Umbenennung der Walderseestraße mit der Forderung: „es braucht kreativere Lösungen.“ Das war es dann auch schon gewesen.

Wer zahlt den Preis für den Staatsinterventionismus?

Das Ergebnis der kommenden Bundestagswahl wird mit die Weichen stellen, wie es jedem Einzelnen und allen zusammen in Zukunft gehen wird und dies für eine nicht absehbare Zeitspanne. Auch wird entschieden, wie unterschiedlich das sein wird. Das wird auch von der ökonomischen Lage in Deutschland abhängen, Krisenverläufe eingeschlossen. Bei der Regierungsbildung wird es auch darum gehen, dass etwas verteilt werden muss. Jedoch nicht mehr Staatsgeld, das ist nun nach dem angeblichen CoronawUMMS ab sofort mehr wie rar. Der an und für sich schon riesige Schuldenberg Deutschlands wurde durch die krisen- und pandemiebedingten Ausgaben zu einem neuen Höhepunkt gebracht. Scholz hat versprochen, die staatlichen Geldspritzen, wenn nötig, auch in den nächsten Jahren fortzusetzen. Es wird sich erst noch zeigen müssen, wie viele Firmen bankrott gehen und wie viele Entlassungen stattfinden werden.

Gleich, welche Partei im September gewinnt, der Verteilungskampf steht dann vor der Tür. Er wird so scharf geführt werden wie lange nicht mehr. Die neoliberalen Rezepte der Rechtskräfte sind bekannt und wir haben sie erlebt: Sparen, Streichen, Verschieben, Sozialbeiträge und Massensteuern erhöhen. Auch das ist Klassenkampf von oben, wobei die besitzende Klasse am Hebel sitzt mit ihrer wirtschaftlichen Macht, ihrem Milliardenvermögen, ihren Medien und den ihr verbündeten Parteien.

Die Interessenvertretung für die Lohn- und Gehaltsbezieher bestünde im Eintreten für Steuererhöhungen von Gut- und Großverdienern und einer Vermögensumlage, die ansatzweise einer Umverteilung gleichkäme. Längst fällig wären Steuerkontrollen, die ihren Namen auch wert wären.

Die Gegenkräfte für ein bloßes Durchregieren der wieder an die Regierung kommenden bürger-

lichen Parteien müssten aus der Arbeiterklasse und dem Prekariat kommen, was nur in unzureichender Größenordnung zu erwarten ist. Das ist leider Ergebnis der Tatsache, dass aus vielerlei Gründen tiefere politische Kenntnisse und vor allem Klassenbewusstsein verloren gegangen sind. So bleibt trotz allem nur, so viel wie möglich Widerstand gegen den drohenden Sozialabbau mit den geringen Kräften außerparlamentarisch und soweit wie möglich auch parlamentarisch mit der Linkspartei und den Gewerkschaften zu organisieren.

Die Unionsparteien gehen angeschlagen in den Wahlkampf. Streit und Korruptionsfälle geben ein schlechtes Bild. Es gab Rückschläge in der Pandemiebekämpfung und es wurden Fehler gemacht. Die Wirtschaft stagnierte und die Industrie hat Transmissionsschwierigkeiten. Es drohen Betriebsschließungen und Massenentlassungen, Bankrotte. Eine größere Arbeitslosigkeit könnte Armut für Millionen bedeuten und eine noch mehr gesplante deutsche Gesellschaft in Aufruhr und Chaos versetzen. Manche erinnern schon an die große Depression der 30er Jahre. Das durfte nicht passieren, denn es sollte nicht die Funktionsweise des kapitalistischen Systems erstmals wieder zur Diskussion gestellt werden. Es geht natürlich auch immer darum, dass die Mehrwerthebung der Konzerne keine Unterbrechung erleidet. Weil der Großteil der Wirtschaft, vor allem der Export, während der Pandemie, wenn auch gebremst weiterlief (-4,5%), konnte der Staat immer noch auf hohe Steuereinnahmen rechnen.

Das alles machte es der Merkel-Regierung leichter, über den eigenen Schatten zu springen. Die Politik sah sich gezwungen, entscheidend einzugreifen. Die „Gegenoffensive“ wurde mitgetragen von Großindustrie und den Finanzkräften. Sie war von schwindelerregender Größenordnung. Die Bundesregierung sah sich ge-

zwungen, die bisherige finanzpolitische Linie aufzugeben, auch um mit umfangreichen Staatsinterventionen die drohenden Krisenfolgen abzuwenden. Mit riesigen Geldmengen wurden Konzerne, Firmen und Geschäfte unterstützt, manchmal planlos. Andere, wie Teile der Gastronomie, Künstler und viele Selbständige wurden hängen gelassen. Vor allem war es ein wichtiges Ziel, die Arbeiterklasse, schon mit Blick auf die AfD, ruhig zu halten. Massenarbeitslosigkeit und sozialer Absturz, noch dazu kurz vor der Wahl, das ging nicht. Die Arbeitslosigkeit musste kaschiert werden. Die Bundesregierung griff zum Mittel der sogenannten „Kurzarbeit“, was auch freiwillige Zuschüsse der Firmen zum Aufstocken vorsah. Damit blieb der wirkliche Stand der Arbeitslosigkeit verschleiert, denn die „Kurzarbeiter“ müssten eigentlich zu den amtlich gemeldeten 2,6 Millionen (+ ca. 400.000) zugerechnet werden. Tatsächlich kann man in Wirklichkeit von zeitweise ca. 6 Millionen Arbeitslosen ausgehen.

Die Finanzierung dieser Kurzarbeiter durch den Staat und die Stützung der Konzerne und Firmen in Milliardenhöhe hat eine politische Katastrophe verhindert. Wie hoch die Summen sind, die dafür aufgebracht wurden und werden, ist unklar. Finanzminister Scholz hatte mal den Betrag von 300 Milliarden Euro genannt. Auch das EU-Engagement ist schwierig zu beziffern.

Die herrschende Kapitalistenklasse hat sich wieder mal als wenig gezeigt. Wenn es um die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems geht, passt man sich notgedrungen Weise an. Dann wechseln die Ideologen des Neoliberalismus mal vorübergehend das Fell und greifen zum „Rettungsring“ des Neokeynesianismus, als ob dieser die Lösung wäre.

Die Probleme selbst werden in die Zukunft verschoben.

Die Linke wählen?!



Seit Bestehen der BRD war seine Einschätzung der Bundestagswahl noch nie so schwierig wie bei der anstehenden am 26. September. In Zeiten von Corona ist der Ausgang besonders von den Stimmungen der Wähler:innen abhängig und die können sich von heute auf morgen ändern. Das spiegelt sich in den Prognosen der Wahlforschungsinstitute wider. Auch das Ergebnis der Wahlen in Sachsen-Anhalt wird auf die Bundestagswahl Einfluss nehmen.

Da dies, die letzte Ausgabe der Arsti vor der Wahl ist, müssten wir unsere Einschätzung bereits jetzt, fast ein Vierteljahr vor der Wahl, abgeben, was einem Lesen im Kaffeesatz gleichkäme. Aber das ist bei einer Quartalszeitung nun halt mal so. Wir werden das Spekulieren anderen überlassen und uns auf Grundsätzliches beschränken.

Die anstehenden Wahlen sind ja noch mehr zu Persönlichkeitswahlen verkommen als bisher erlebt – die

USA lassen grüßen – und die Medien leisten ihren Beitrag dazu. Da scheint es nur Baerbock gegen Laschet gegen Scholz zu geben. Bis zur „Kandidat:innenkür“ hieß es Baerbock gegen Habeck und Laschet gegen Söder. Besonders das Kandidatenrennen in der Union hat die Gräben deutlich gemacht und ihrem Ansehen bei den Wähler:innen ordentlich Schaden zugefügt.

Mit was für (Wahl-)Programmen die Parteien außer ihren Spitzenkandidat:innen welche Politik verfolgen wollen, scheint nur am Rande zu interessieren. Wichtiger sind die Fehlritte, Skandale

und Machenschaften, die sich die jeweiligen Personen in den letzten Jahren geleistet haben. Da stehen bei Laschet die Maskengeschäfte seines Sohns, bei Baerbock die „vergesse-“ Bezüge ihrer Partei an sie und Angaben zu ihrem Lebenslauf und bei Scholz die Cum ex Geschäfte und der Wirecardskandal. Für die Lohnabhängigen und Steuerzahler schlagen die Folgekosten besonders aus den letztgenannten ins Kontor.

Die größte Frage wird bei den anstehenden Wahlen sein: Wer muss für die immensen Kosten der Coronakrise bezahlen? Eigentlich ist das in Regierungskrisen schon ausgemacht. Zaghaften Versuche von der SPD, aber auch deutlichen Forderungen von Seiten des DGB und der Einzelgewerkschaften, sowie linken Gruppen und Parteien, Der Linken oder des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, große Vermögen und Profiteure der Pandemie in die Steuerpflicht zu nehmen und die Lohnabhängigen und Verlierer

zu entlasten, wurden von Söder, Laschet, Altmaier, Lindner und Co eine klare Absage erteilt. Von wegen „stärkere Schultern müssten größere Lasten tragen“...

Ausschlaggebend für die Lohnabhängigen und Menschen in prekären Lebenslagen sollte bei ihrem Votum sein, welche Partei am ehesten für sie und ihre Belange eintritt. Das ist nach wie vor die Partei Die Linke. Wir haben uns in der letzten Ausgabe der ARSTI genauer mit dieser Partei, ihrem Wahlprogramm und dem Wunsch, endlich auch im Bund an die Regierungs„macht“ zu kommen, beschäftigt und einige ihrer „Verfehlungen“ auf dem Weg dahin kritisch betrachtet. Die Linke ist trotz des Vorwurfs von Sahra Wagenknecht, Fabio de Masi und andern, die Partei vergesse ihr eigentliches Klientel und wandle sich zu einer städtischen Kleinbürgerpartei, die einzige Partei, die im Bundestag, in den Länderparlamenten und den Städten und Gemeinden für die Interessen der Lohnabhängigen und Benachteiligten eintritt; mit klaren Forderungen, wer für die Kosten der Corona-Krise aufkommen muss.

Uns ist bewusst, dass Die Linke keine sozialistische Partei ist und bei ihrer Geschichte auch gar keine sein kann. Deswegen ist an sie auch nicht der Maßstab anzulegen, der an eine sozialistische Partei anzulegen wäre. Solche Hoffnungen und Erwartungen können nur enttäuscht werden.

Die Linke ist aber die einzige im Bundestag vertretene Partei, die für eine deutliche Ablehnung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr und gegen Rüstungsexporte steht und auch den Austritt Deutschlands aus der NATO im Programm hat. Sicherlich – Die Linke ist auf dem Weg zur Regierungsbeteiligung auch in dieser Frage bereit, Prinzipien und auch ihr Alleinstellungsmerkmal, eine „Friedenspartei zu sein“, zu opfern, wie in der Debatte Anfang des Jahres zu sehen war (Auslandseinsätze – Kriegseinsätze). Trotz allem steht die Linke immer noch für Friedenspolitik. Bei der momentan

zu beobachtenden Kriegsrhetorik von USA und im Gefolge auch der EU gegen Rußland und China, die unter dem Vorwand der Menschenrechte daherkommt und fast täglich an Schärfe zunimmt, könnte für die Friedensbewegung in Deutschland ein parlamentarischer Arm in kommenden Zeiten noch sehr wichtig werden. Über 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs gewinnt diese imperialistische Kriegsrhetorik wieder an Schärfe und lässt an die damalige Vorkriegszeit erinnern. Damals ist die Welt ja dann auch in einen Weltkrieg „hineingeschlittert“, wie maßgebliche bürgerliche Historiker nicht müde wurden, zum 100. zu betonen. Dabei ist es damals wie heute der Imperialismus, der Kampf um Vormachtstellung, Ressourcen und Märkte, der Krieg, Vernichtung und Elend in die Welt bringt.

Am 22. Juni ist der 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion. Die UdSSR hatte 27 Millionen Tote zu beklagen, darunter zwei Drittel Zivilisten. Die Linke stellte den Antrag, diesen Jahrestag im Plenum des Bundestags zu würdigen. Der Antrag wurde von Bundestagspräsident Schäuble abgelehnt.

Die Linke ist auch die einzige Partei im Bundestag, die noch solidarisch hinter dem immer noch sozialistischen Kuba steht, obwohl auch hier die Dämme langsam aufgeweicht werden.

Allein die vielen großen und kleinen parlamentarischen Anfragen, die linke Politiker:innen stellen, entlarven die Politik der Bundesregierung und machen deutlich, für welche Kräfte diese Bundesregierung in Berlin steht.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung nimmt im linken Spektrum eine wichtige Position ein. Viele ihrer Forschungsprojekte und Veröffentlichungen bilden eine wichtige Grundlage für linke Analysen und Aufklärung in vielen gesellschaftlichen und politischen Bereichen. Sie sind für die Arbeit von Linken in Deutschland wichtig. Wir sollten nicht darauf verzichten müssen.

Auch die vielen Analysen und Veröffentlichungen, die die unterschiedlichen Zusammenschlüsse innerhalb der Partei (u.a. Sozialistische Linke, marx21, Cuba Si, Kommunistische Plattform ...) erarbei-

tet haben, bieten einen hilfreichen Fundus für die politische Arbeit in Deutschland.

Bei der Bundestagswahl geht es für die Linke nicht darum, zweistellig zu werden, wie es die Parteiführung gerne hätte und auch vollmundig verkündet. Es besteht vielmehr die Gefahr, die 5-Prozent Hürde nicht zu schaffen. Es braucht eine Linke, die sich deutlich zu den Zielen ihres Programms bekennt und diese im Bundestag in der Opposition vertritt! Als eine weitere sozialdemokratische Partei in der Regierung, auch wenn sie deutlich links von der SPD steht, ist sie nicht gefragt.

Wie bereits gesagt – Die Linke ist keine sozialistische Partei, sie ist aus Mangel an Vorhandensein auch keine „Bewegungspartei“.

Angesichts der Spaltung der Gesellschaft zwischen Reich und Arm und der weiteren Entrechtung der Lohnabhängigen und prekarierten Menschen, dem ungebremsen Anstieg der Mieten, sowie den Kosten und Folgen der Klimakatastrophe diese Spaltung noch vertiefen werden, ist das Aufkommen von Protesten und Protestbewegungen durchaus vorstellbar.

Dass die Herrschenden bestrebt sind, solche möglichen zukünftigen Bewegungen bereits im Vorfeld zu behindern und zu kriminalisieren, zeigt sich gerade bei dem ungeheuerlichen Vorgang, die Tageszeitung *junge Welt* wegen ihrer nicht genehmten marxistischen politischen Linie durch Regierung und Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Dies stellt einen massiven Angriff auf die Presse-, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit dar. Als fadenscheinige Begründung dazu wird allen Ernstes die Menschenwürde herangezogen: „die Aufteilung einer Gesellschaft nach dem Merkmal der produktionsorientierten Klassenzugehörigkeit widerspreche der Garantie der Menschenwürde“.

Bei solchen unerhörten Angriffen des Staats stellt eine Partei Die Linke als Opposition im Bundestag als parlamentarischer Arm einen wichtigen Rückhalt dar.

Aus den genannten Gründen rufen wir auf, bei der Bundestagswahl am 26. September die Partei Die Linke zu wählen.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 211 Frühjahr 2021, 36 S.

- Die Corona-Pandemie – Zwischenbilanz
- Die LINKE mit weiblicher Doppelspitze
- Die christliche Rechte im Aufwind
- Kein großer Wurf – Betriebsrätestärkungsgesetz
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 5
- 9. November – ein nationaler Gedenktag
- Labour ist in gemäßigten Händen
- Rezensionen: Revolte in Chile
Deutsche Krieger

Nr. 210 Winter 2020/2021, 36 S.

- Die USA nach der Abwahl Trumps
- Tarifrunde IG Metall
- Home-Office: Was tun?
- Tarifrunde IG Metall ...und noch eine Baustelle
- Tarifrunde im Öffentlichen Dienst
- Tarifabschluss bei der Post
- „Der Westen“ und China: Der nächste Weltkonflikt?
- Bolivien – ein Wahlsieg oder mehr?

Nr. 209 Herbst 2020, 32 S.

- Ökologie, Degrowth und Marxismus
- Rüstungsausgaben weltweit auf Höhepunkt
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil IV
- Homeoffice – Weichen werden gestellt
- Rezensionen:
Imperiale Lebensweise
Faschismustheorien

Nr. 208 Sommer 2020, 28 S.

- Die Krise und ihre Folgen
- Degrowth, eine neue Bewegung?
- Ein Volk im Hausarrest
- Gedanken eines alten Genossen während der Pandemie
- Gesundheit ist keine Ware
- Homeoffice, ein Zaubermittel?
- ...

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

IG Metall-Abschluss 2021

Kein großer Wurf

Das Thema „Industrie 4.0“ oder die Transformation der Industrie durch die Digitalisierung, sowohl in der Produktion wie in den Verwaltungen und Servicebereichen, wurde und wird von der Gewerkschaft schon seit einigen Jahren aufgegriffen und diskutiert. Und das nicht ohne Grund, denn überall zeichneten und zeichnen sich tiefgreifende Veränderungen ab, ohne dass sie in den meisten Fällen qualitativ und quantitativ konkret fassbar sind. Im Jahr 2019 versuchte die IG Metall eine Bestandsaufnahme in Form einer Mitglieder- und Betriebsrätebefragung zu machen. Die Befragungen ergaben ein deutliches Bild. In vielen Betrieben hatte die Transformation eindeutig begonnen, aber in der Mehrzahl der Betriebe, so berichteten die KollegInnen, standen die Geschäftsführungen den bevorstehenden Veränderungen völlig unvorbereitet gegenüber. Gestützt auf diese Befragungen schätzte die Gewerkschaft ein, dass allein in der Automobilindustrie rund 200.000 Arbeitsplätze gefährdet sind und rund 60 Prozent der Arbeitsplätze im gesamten Organisationsbereich der IG Metall stark oder sehr stark betroffen sein werden. Das alles war die Erkenntnis vor dem Beginn der Corona Krise.

Tarifvertrag Zukunft

Die Gewerkschaftsführung wollte deshalb in der Tarifrunde 2020 das Thema Transformation auf die Tagesordnung setzen. So schlug auf seiner Jahrespressekonferenz in Frankfurt a.M., Ende Januar 2020, der IGM-Vorstand ein sogenanntes „Moratorium für einen fairen Wandel“ vor. Konkret hieß das, dass die Gewerkschaft ohne festgelegte Forderung in Verhandlungen mit den Metallarbeitgebern gehen wollte, wenn diese bereit sind, einen „Tarifvertrag Zukunft“ abzuschließen. Angestrebt wurde ein Pakt zur Verhinderung von Massenentlassungen, Standortverlagerungen und Betriebs-schließungen. In dem Tarifvertrag „Zukunft“ sollten Regelungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen fest-

geschrieben werden. Das bedeutet, dass die IG Metall über den Tarifvertrag Einfluss auf Investitionen, Produkte und notwendige Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten nehmen wollte. Eine Absicht, die weit über bisherige Tarifverträge hinausgeht und in das Direktionsrecht des Kapitals eingegriffen hätte. Entsprechend deutlich wurde die Forderung von den Arbeitgeberverbänden zurückgewiesen.

Die Tarifkommissionen in den einzelnen Bezirken folgten den Vorstellungen des Vorstandes und gingen mit der Forderung nach einem Zukunftstarifvertrag in die Verhandlungen, wobei für die Forderung nach einer Entgelterhöhung keine Bezifferung erfolgte. Sie sollte abhängig gemacht werden von dem Entgegenkommen der Unternehmer bei den anderen Forderungspunkten. So begannen die Verhandlungen, aber schon Ende März war alles vorbei. Die Pandemie änderte alles. Der IGM-Vorstand setzte die Tarifverhandlungen zur Zukunftssicherung aus und schloss alternativ einen „Solidartarifvertrag“ ab. Auf einer Pressekonferenz am 20. März sagte dazu Jörg Hofmann, Vorsitzender der IG Metall: *„In dieser Krise sind solidarische Lösungen gefragt. Jetzt kommt es darauf an, dass die Beschäftigten Sicherheiten bekommen“*. Und er fügte an: *„Die großen Herausforderungen der Transformation bleiben weiter auf der Tagesordnung. Nach der Bewältigung der akuten Probleme werden wir uns wieder den Zukunftsthemen zuwenden“*

Abbruch der Verhandlungen

Sicherlich war für die IG Metall im März 2020 die Situation sehr kompliziert und es wäre, objektiv betrachtet, nicht möglich gewesen, eine derartige Tarifforderung durchzusetzen. In den meisten Betrieben wurde Kurzarbeit gefahren, es wurde über Personalabbau nicht nur gesprochen, er wurde auch angekündigt. Die Verunsiche-



rung der Belegschaften war deshalb riesengroß. Von daher ist der Abbruch der Tarifverhandlungen nachvollziehbar, denn die IG Metall war zu diesem Zeitpunkt nicht streik- und handlungsfähig. Trotzdem fällt es schwer, diese Vereinbarung „Solidartarifvertrag“ zu nennen. Besser kamen die Unternehmer noch nie aus einer Tarifrunde heraus. In der Vereinbarung wurde vor allem die Kurzarbeit geregelt. Sonderzahlungen, wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, wurden auf das Jahr verteilt. Dazu gab es einen Arbeitgeberzuschuss in Höhe von 350 Euro für jede/n Vollzeitbeschäftigte/n. Durch diese Maßnahmen erhöhte sich das monatliche Entgelt und in der Folge auch das monatliche Kurzarbeitergeld. Nicht vereinbart wurden tabellenwirksame Lohn- und Gehaltserhöhungen. Auch einen Inflationsausgleich gab es für die Beschäftigten nicht. Das heißt, die Tarifrunde war eine absolute Nullrunde, die letzten Endes von den Belegschaften selbst finanziert wurde. Die Vereinbarung hatte eine Laufzeit bis Ende Dezember 2020.

Tarifrunde 2021

Mit Beginn des laufenden Jahres wurden die Tarifverhandlungen wieder aufgenommen. Die Forderung nach einem Zukunftstarifvertrag lag weiterhin auf dem Tisch, hinzu kamen eine Lohn- und Gehaltsforderung von vier Prozent sowie die Forderung nach der Angleichung der Arbeitszeit im Osten (38 Std.) an die des Westens (35 Std.), bzw. ein tarifliches Ausgleichsgeld in Höhe von 8,5

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den
dialektischen Materialismus

Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

August Thalheimer:

Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950

32 Seiten, 1,50 €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Prozent (eigentlich geht es hier allein um die Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden. Da die Arbeitszeit aber in den Manteltarifverträgen geregelt ist, diese aber nicht gekündigt waren, musste man den Umweg über ein „Ausgleichsgeld“ beschreiten). Die Reaktion der Unternehmer war wie immer, sie blockten alles ab. Fast alle namhaften Konzernchefs und Arbeitgeber-Verhandlungskommissionen bliesen in das gleiche Horn. Die Umsätze und Erträge seien eingebrochen und deshalb müsse das Lohnniveau sinken. Die Arbeitszeit müsse weitgehend flexibilisiert werden. Und die Angleichung der Arbeitszeit im Osten ginge schon gar nicht. Es sei eher die Angleichung der Arbeitszeit im Westen an die des Ostens angezeigt.

Am 1. März war dann die Friedenspflicht vorbei. Die IG Metall rief zu massiven Warnstreiks auf, die von den Mitgliedern auch befolgt wurden. Bereits in der ersten Woche waren mehr als 300.000 KollegInnen im Warnstreik. Bis zum Tarifabschluss in NRW waren es dann rund 800.000. Doch war der Verlauf der Aktionen nicht so, wie man das in der Vergangenheit gewohnt war. Wegen der Pandemie fanden die sonst üblichen Kundgebungen nur bedingt statt. Die Streikenden trafen sich stattdessen bei Livestreams oder zu Autokorsos. Dadurch war die wirkliche Stimmung der Streikenden nur schwer einschätzbar.

Pilotabschluss in NRW

Am 30. April schließlich kam es in Düsseldorf zu einem Pilotabschluss für die Metall- und Elektroindustrie, der die Felder „Beschäftigungssicherung“, „Einkommensentwicklung“ und „Zukunftsgestaltung“ abdeckte, so der IGM-Vorstand.

Danach besteht die Entgelterhöhung aus einer Anerkennungsprämie von 500,- Euro (Corona-Prämie) und einem sogenannten Transformationsgeld in Form einer Einmalzahlung von 2,3 Prozent eines Monatsentgelts, das sich im Jahr 2022 auf 18,4 Prozent und ab dem Jahr 2023 auf 27,6 Prozent erhöht. Das Transformationsgeld wird dann jährlich fällig. Es kann wahlweise ausgezahlt werden oder zum Teilentgeltausgleich bei Arbeitszeitabsenkungen, beispielsweise bei einer möglichen Einführung der 4-Tage-Woche, verwendet werden. Die Entscheidung

darüber liegt bei den Betriebsparteien, das heißt, bei der Unternehmensleitung und dem Betriebsrat.

Ebenfalls vereinbart wurde, dass Auszubildende 300 Euro erhalten und dual Studierende künftig während ihrer Ausbildung unter den Schutz und Geltungsbereich der Tarifverträge der Metall- und Elektroindustrie fallen.

Schließlich wohl die wichtigste Vereinbarung: zur Gestaltung zukünftiger Transformationen in den Betrieben ist ein Einlassungszwang der Betriebsparteien zur Aufnahme von Verhandlungen hin zu einem Zukunftstarifvertrag zwingend vorgesehen. Das heißt, es muss über Maßnahmen der Transformation verhandelt werden, wenn es eine Betriebspartei, zum Beispiel der Betriebsrat, verlangt.

Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages reicht bis zum 30. September 2022.

Sowohl der IGM-Vorstand als auch Gesammetall empfahlen ihren regionalen Mitgliedsverbänden die Übernahme des Pilotabschlusses von NRW auch für die übrigen Tarifgebiete. Dem wurde in allen Bezirken, außer im IGM-Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen, entsprochen. Dort blockierten die Unternehmer die Forderung nach einem Tariflichen Ausgleichsgeld nach wie vor. Deshalb beschloss der IGM-Vorstand, die Warnstreiks zu verschärfen. Es wurde grünes Licht gegeben für 24-Stunden-Warnstreiks. Diese begannen massiv nach den Osterfeiertagen, vorrangig in der Automobil- und Zulieferindustrie mit den Schwerpunkten Zwickau, Leipzig und Chemnitz. Offensichtlich zeigten sie Wirkung. Am 15. Mai wurde zwischen der IG Metall und dem sächsischen Arbeitgeberverband (VSME) die Übernahme des Pilotabschlusses aus NRW vereinbart und gleichzeitig eine konkrete, kurzfristige Verhandlungsverpflichtung verabredet. So soll bis Ende Juni ein klar abgesteckter tariflicher Rahmen für betriebliche Lösungen zur Angleichung Ost geschaffen werden.

„... bietet tragfähige Antworten“

Das war also die Metall-Tarifrunde 2021. Der IGM-Vorstand scheint mit dem Ergebnis zufrieden zu sein. Jörg Hofmann jedenfalls kommentierte den Abschluss so: „Dieser Tarifabschluss bietet tragfähige Antworten“

ten auf die drängenden Fragen unserer Zeit: auf die akuten Probleme infolge der Corona Pandemie ebenso wie auf die strukturellen Herausforderungen, die die Transformation für unsere Branchen mit sich bringt“.

Die Frage ist, ob die Mitglieder das ebenso sehen. Immerhin mussten sie bereits im vergangenen Jahr deutliche Entgelteinbußen hinnehmen. Kurzarbeit und der Wegfall von Sondervergütungen, wie das Urlaubs- und Weihnachtsgeld, ließen das Jahreseinkommen schrumpfen. Nach Aussagen der Rentenversicherung sind die Einkommen in der Republik im vergangenen Jahr um 2,3 Prozent gesunken. Die Verluste lassen sich auch nicht mehr aufholen, denn im vergangenen und dem laufenden Jahr gab und gibt es keine tabellenwirksamen Entgelterhöhungen. Das ist wohl der Punkt mit der negativsten Wirkung dieses Tarifabschlusses, denn die fehlenden Erhöhungen der Entgelttabellen wirken in die Zukunft hinein.

Die anderen Regelungen sind schwieriger zu beurteilen. So kann die Einführung einer 4-Tage-Woche mit Hilfe des „Transformationsgeldes“ während der Umstellung auf eine digitalisierte Produktion durchaus hilfreich sein. Eine 4-Tage-Woche beseitigt aber einen möglichen Personalüberhang auf Dauer nicht, da sie zeitlich begrenzt ist.

Mehr hergeben könnte der Einlassungszwang zu einem betrieblichen Zukunftstarifvertrag. Leider ist dieser Vertragspunkt nur sehr allgemein formuliert. Das verwundert nicht, berührt er doch einen neuralgischen Punkt im Unternehmerlager, nämlich das Direktionsrecht des Kapitals. Ein Recht, das von ihm in der Vergangenheit immer mit Zähnen und Klauen verteidigt wurde. Doch mit dem vereinbarten Einlassungszwang bieten sich für konsequente, kämpferische Betriebsräte und Belegschaften durchaus Chancen, betriebliche Regelungen, die wirklich zu Gunsten der Belegschaften wirken, zu erzwingen. Es bleibt abzuwarten, was die Betriebsräte und Belegschaften aus dieser Möglichkeit machen.

Kein Angleichungsdurchbruch im Osten

Am 15. Mai einigten sich die IG Metall und der sächsische Arbeitge-

berverband auf die Übernahme des Abschlusses von NRW. Das Thema „Ausgleichsgeld“ bzw. die Angleichung der Arbeitszeit soll ab Juni 2021 angegangen werden. Bis dahin soll ein „klar abgesteckter tariflicher Rahmen für betriebliche Lösungen zur Angleichung Ost geschaffen werden“. In einer Presseerklärung vermeldet die IG Metall: „Beim Ringen um die Angleichung der tariflichen Ansprüche im Osten zeichnet sich eine Lösung ab“. Doch stimmt das wirklich, zeichnet sich wirklich eine Lösung ab? In der Absichtserklärung wird von „betrieblichen“ Lösungen gesprochen. Das heißt, die Angleichung wird nicht im Flächentarifvertrag, sondern in Haustarifverträgen geregelt. Damit werden zwangsläufig die gewerkschaftlich schwachen Betriebe auf der Strecke bleiben. Schon heute sind die Belegschaften in allen Fragen der Entlohnung, der Arbeitszeit, bei Urlaub und Sonderzahlungen tief gespalten. So entfallen in Sachsen beispielsweise auf die Metall- und Elektroindustrie 1.700 Unternehmen. Aber nur rund 140 davon sind in einer Tarifbindung. Davon sind knappe 60 Unternehmen verbandsgebunden, d.h. in diesen Unternehmen gilt der Flächentarifvertrag. In den anderen tarifgebundenen Unternehmen gilt ein Anerkennungstarif- oder Haustarifvertrag, mit oftmals schlechteren Konditionen. So bekommt nur die Hälfte der 190.000 Beschäftigten der Branche überhaupt tarifliche Leistungen.

Wie es im Juni dann weitergeht, lässt sich nur schwer sagen. Alles wird von der Haltung der Arbeitgeberverbände abhängen. Birgit Dietze, die Bezirksleiterin des Bezirks Berlin-Brandenburg-Sachsen, gibt immerhin den Rahmen vor: „Sollten wir mit den Arbeitgebern bis Ende Juni keinen tragfähigen tariflichen Rahmen vereinbaren können, werden wir mit unseren starken Belegschaften Haus für Haus die Angleichung erstreiten“. Die Wahrscheinlichkeit, dass dies geschieht, ist groß. Die Folge wäre, dass die großen Betriebe der Automobilindustrie und ihre Zulieferer in der Arbeitszeit angeglichen würden, der Rest der Belegschaften aber, aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Schwäche, nicht. Sie müssten weiterhin unbezahlt drei Stunden mehr in der Woche schuften. Die Spaltung der Belegschaften würde also zunehmen, was weitreichende

Folgen für zukünftige Tarfbewegungen hätte.

Kein großer Wurf

Das Ergebnis der Tarifrunde 2021 kann sicherlich nicht als „großer Wurf“ bezeichnet werden. Insbesondere die Tatsache, dass zwei Jahre hintereinander die Entgelttabellen nicht erhöht wurden, ist mehr als bitter. Auf der anderen Seite hat die IG Metall noch nie eine Tarfbewegung unter solchen Bedingungen wie in den vergangenen zwei Jahren führen müssen. Unzählige Betriebe in Kurzarbeit, bei anderen dagegen brummte die Konjunktur, dann wieder Verlagerungsankündigungen von Betriebsstätten und die Ankündigung von Personalabbau bei namhaften Unternehmen. Das verunsicherte in beträchtlichem Maße die KollegInnen. Für sie stand die Arbeitsplatzsicherung im Mittelpunkt ihres Interesses. Trotzdem gelang es der Gewerkschaft nach dem Ende der Friedenspflicht, Druck aufzubauen. Das galt auch für die wenigen Betriebe in Sachsen, Berlin und Brandenburg. Hunderttausende beteiligten sich an Streikaktionen, was schließlich zu der Einigung in NRW führte.

Die Frage ist: wäre ein besseres Ergebnis möglich gewesen? Das ist im Nachhinein immer schwierig zu beantworten. Im Jahr 2020 war die Lage aufgrund der Corona Krise so, dass die IG Metall schlichtweg nicht streikfähig war. Das war nicht nur wegen der politischen Vorgaben zur Reduzierung der Pandemie (Abstand halten, Maskenpflicht) ein Problem, sondern auch aus ökonomischen Gründen. Die wichtigsten Betriebe fuhren Kurzarbeit, so dass ein Streik ins Leere gelaufen wäre. In diesem Jahr war die Lage zwar ein wenig besser, doch ist nur schwer vorstellbar, wie unter den Corona-Bedingungen ein Erzwingungsstreik hätte durchgeführt werden können.

Der Abschluss aus NRW ist inzwischen in allen Tarifbezirken der ME-Branche übernommen. Die Resonanz aus der Mitgliedschaft ist trotz der Kröten, die geschluckt werden mussten, nicht negativ. Die Mehrheit der KollegInnen geht davon aus, dass man mit dem Tarifvertrag Arbeitsplätze sichern kann. In unsicheren Zeiten kann das viel sein. Ansonsten gilt: Kein großer Wurf.

Rede am 1. Mai 2021 auf der Münchner Gewerkschaftsdemo von der GEW München Fachgruppe sozialpädagogische Berufe

*Nachdem es 2020 kaum von Gewerkschaften organisierte Demonstrationen am 1. Mai gab, fanden dieses Jahr vielerorts wieder Gewerkschafts-Kundgebungen statt, so auch in München. Auch wenn die Beteiligung im Vergleich zu Vor-Corona-Zeiten schwächer war – das lag auch an der sehr späten Anmeldung und an der mangelnden Mobilisierung – war die Stimmung gut und kämpferisch. Auch die Reden der Kolleg*innen drückten diese Stimmung aus. Hier dokumentieren wir leicht gekürzt die Rede eines GEW-Kollegen.*

Zuallerst einmal kurz, wie so ein Berufsalltag in einer Münchner Kindertagesstätte in München unter Pandemiebedingungen aktuell aussieht.

Die sogenannte „Notbetreuung“ ist keine! Viele Kitas sind mit durchschnittlich 2/3 ziemlich gut ausgelastet. Im Gegensatz zur ersten Coronawelle im März vergangenen Jahres fällt das Kriterium „systemrelevant“ weg; d.h. alle Eltern, die wollen, können ihre Kinder in die Betreuung schicken.

Wir fordern daher eine klar definierte Notbetreuung nur für systemrelevante Berufsgruppen und für alle anderen Eltern einen bezahlten Elternurlaub!

Zusätzliche Arbeitsbelastungen zum sowieso allgemein bekannten Personalmangel im Erziehungsbereich kommen durch die auf dem Papier gut klingenden Hygiene- und Gesundheitsschutzkonzepte. Alle paar Wochen kommen 20–30 Seiten starke Dienstanweisungen von Oben, kleine Kindergruppen bilden, Testen, zusätzliche Hygienemaßnahmen, die nur unzureichend oder durch eine äußerste Belastung der knappen Personals getragen werden können.

Das Ergebnis ist klar in einer AOK-Studie belegt: Erzieherinnen und Erzieher gehören zu der Berufsgruppe mit einem deutlich höheren Infektionsrisiko.

Im neuen Bundesinfektionsschutzgesetz ist festgeschrieben, dass zukünftig erst ab einem Inzidenzwert von 165 die Kitas in den Notbetrieb gehen, während andere Einrichtungen schon ab 100 betroffen sind. Die Sonntagsreden der Regierenden über die Wertschätzung systemrelevanter Berufsgruppen ent-

larvt sich hier ganz klar als das, was sie ist: pure Heuchelei! ErzieherInnen, aber auch Kinder und deren Eltern werden hier politisch bewußt einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt.

Dies alles erscheint widersprüchlich und teils absurd zu sein, hat aber durchaus einen tieferen politischen Sinn, wenn man hinter die Fassade schaut. Es ist eine politische Entscheidung der Regierungsparteien, die Kindertagesstätten auf Teufel komm raus offen zu halten, damit die Eltern arbeiten gehen können und die Profite in der Wirtschaft weiterhin sprudeln.

Es ist bekannt, dass die DAX-Konzerne im Pandemiejahr 2020 ihre Renditen halten, ja sogar noch steigern konnten und sie in die Privattaschen der Großaktionäre ausschütteten.

In meiner Arbeit darf ich täglich Kontakt zu 30 Kindern, deren Eltern und 5-6 Kolleginnen haben und sobald ich abends die Tür zusperre, darf ich mich nur noch mit einem weiteren Haushalt treffen. Privat wird eingeschränkt, das Arbeits- und Wirtschaftsleben bleibt verschont!

Wir sagen: Schluss mit dem privaten Lockdown, während Profite in der Wirtschaft auf Kosten der KollegInnen, der Kinder und Eltern herausgepresst werden! Wir fordern eine bezahlte drei-wöchige solidarische Pause für Alle! Deshalb hat sich die Fachgruppe sozialpädagogische Berufe der GEW München auch dem internationalen Gewerkschaftsaufbruch der Kampagne „ZeroCovid“ angeschlossen. Dies bezahlte solidarische Pause muss aus dem Vermögen der Reichen und Krisengewinnler finanziert werden! Hierzu ein paar wenige Zahlen: In Deutschland beträgt das private Vermögen zur Zeit 14.000 Milliarden Euro. Die Reichsten 10% besitzen 52%; d.h. 7.300 Milliarden €. Wenn man z.B. die 10% der Reichsten innerhalb von 10 Jahren mit 10% besteuern würde, wären dies jährlich 730 Milliarden € für den Staatshaushalt. Die Vermögenden würden dabei keineswegs zu armen Hartz IV-Beziehern. Ihr jährlicher durchschnittlicher Vermögenszuwachs beträgt zur Zeit 15%.

Und eines ist auch ganz klar: durch Appelle an die Herrschenden werden die-

se Forderungen nicht durchgesetzt. Wie es so schön in einem berühmten Lied der ArbeiterInnenbewegung heißt: „es wird uns kein anderer befreien, weder Gott, noch Kaiser, noch Tribün. Das müssen wir schon selber tun“. Wir müssen das selber in die Hand nehmen und mit Streiks durchkämpfen!

Und jetzt zum Schluss meiner Rede doch noch ein paar Worte zum Trauerspiel „DGB und der 1. Mai 2021“. Der DGB hat sowohl letztes als auch dieses Jahr auf machtvollen Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai bewußt verzichtet, obwohl dies auch unter Pandemiebedingungen und den entsprechenden Hygienemaßnahmen möglich gewesen wäre.

Auch und gerade angesichts dessen, dass bis vor ein paar Tagen bundesweit CoronaleugnerInnen massiv nach München mobilisiert haben, ist dies mehr als beschämend. Wir dürfen als GewerkschafterInnen und als organisierte ArbeiterInnenbewegung den CoronaleugnerInnen vor allem am 1. Mai nicht die Straße überlassen. Das ist ein fatales Zeichen in die Gesellschaft hinein und setzt dem Ruck nach Rechts nichts entgegen.

Warum handelt der DGB so? Ist es als Wahlkampfhilfe für die in der Regierung sitzende Sozialdemokratie gemeint? Wir sind immer noch eine Einheitsgewerkschaft und nicht die sozialdemokratischen Fußtruppen der SPD! Ist der DGB immer noch beherrscht von einem sozialpartnerschaftlichen Denken und einer nationalen Standortlogik?

Und das obwohl jeder Gewerkschafter und jede Gewerkschafterin, die schon einmal in einem Tarifkampf aktiv mitgemacht hat, weiß, dass Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen immer noch auf der Straße und im Betrieb erkämpft werden. Und nicht auf irgendwelchen Online-Hampelspielflächen, wie sie der DGB diesen 1. Mai veranstaltet.

In buchstäblich letzter Minute hat ein Kreis kämpferischer GewerkschafterInnen, die Gewerkschaft Verdi und die GEW in München eine 1. Mai-Demo angemeldet.

Dies begrüße ich ausdrücklich. Es beweist, dass Gewerkschaft auch anders geht...

Die Spur des Faschismus im Arbeitsrecht

Auf Grund der Recherchen eines Richters am Landgericht Erfurt strahlte kürzlich der MDR einen Beitrag aus, der sich mit der Nazivergangenheit vieler (verstorbener) Richter am Bundesarbeitsgericht beschäftigte. Das Erstaunliche und zugleich Beängstigende an den „Untersuchungsergebnissen“ des Richters Borowsky war, daß darin von dem Präsidenten des BAG Hans Carl Nipperdey nicht die Rede war. Dem Autoren kann böswillige Absicht kaum unterstellt werden. Das aber heißt: Dieser Mann war dem Autoren tatsächlich entgangen... Und **das** obwohl dieser Mann nicht bloß Mitglied der NSDAP war, sondern als Jurist das Arbeitsrecht der Nazis geprägt hatte und nach 1945 dem bundesdeutschen Arbeitsrecht seine faschistische Ideologie überstülpen konnte. Daß dem Autoren also der eigentliche „Täter“ ganz entgangen war ist schon kaum verzeihlich, aber daß der Autor offenbar auch nichts von den inhaltlichen Spuren des Faschismus im Arbeitsrecht wußte, ist nicht zu entschuldigen. Der Verdacht liegt nahe, daß dem Juristen die Rechtsprechung des BAG selbst so „in Fleisch und Blut“ übergegangen war, daß ihm selbst die darin enthaltenen Spuren der Vergangenheit nicht aufgefallen waren.

Etwas intensivere Beschäftigung mit dem Arbeitsrecht hätte den Autor gelehrt: Die Hauptprotagonisten der im Arbeitsrecht „herrschenden Meinung“ waren in den Jahren von 1950 bis 1965 die Professoren Hans Carl Nipperdey, Alfred Hueck und Rolf Dietz. Daneben noch Arthur Nickisch. Sie waren sämtlich bekennende Nationalsozialisten von 1933 bis 1945 gewesen und überwiegend in der „Deutschen Akademie für Recht“ engagiert. Nipperdey und Hueck waren nicht nur die Hauptkommentatoren des „Gesetzes zur Ordnung der Nationalen Arbeit“ im C.H. Beck-Verlag sondern auch die VERFASSER dieses



Hans Carl Nipperdey

schon 1934 verabschiedeten Gesetzes, das sämtliche Reste des Weimarer Arbeitsrechts beseitigte, das „Führerprinzip“ in den Betrieben verankerte und alle Arbeitnehmer als „Gefolgsleute“ des Betriebsführers verpflichtete. Nipperdey gab verschiedene Veröffentlichungen gemeinsam mit dem NS-Juristen Roland Freisler heraus, dessen Blutjustiz durch die Verfahren gegen die „Verschwörer“ vom 20. Juli 1944 weltberühmt wurde. Noch 1943 publizierten die beiden Autoren gemeinsam mit dem Hochschullehrer Rolf Dietz die 4. Auflage ihres Kommentars. Während die anderen Autoren nach 1945 als Hochschulprofessoren nahtlos dort weitermachten, wo sie nur scheinbar 1945 aufgehört hatten, gelang es Nipperdey sogar 1954 zum ersten Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts ernannt zu werden.

In dieser Eigenschaft konnte Nipperdey seine Ideologie des Arbeitsverhältnisses als eines „personenrechtlichen Gemeinschaftsverhältnisses“¹ als „herrschende Meinung in Literatur und Rechtsprechung“ durchsetzen. „Rechtsprechung“ nannten sich die einschlägigen Urteile des Bundes-

arbeitsgerichts unter der Ägide des Professors Nipperdey. „Literatur“ nannten sich die in den Lehrbüchern von Alfred Hueck und H. C. Nipperdey² sowie von Rolf Dietz und Arthur Nickisch vertretenen Auffassungen. Nach ihrem Ableben übernahmen deren „Auffassung“ eine Vielzahl von Schülern, die die „Meinungen“ dieser Herrschaften gewissermaßen multiplizierten. So zB. Klaus Adomeit, Franzjürgen Sacker, Volker Rieble und viele andere.

Zu den gänzlich unabhängig von demokratischen Gesetzen im Wege der „Rechtsfortbildung“ und „Rechtsschöpfung“ durchgesetzten „Auffassungen“ gehörten

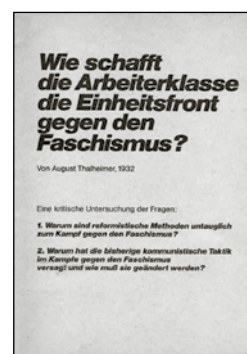
► Der Umbau des Arbeitsverhältnisses von einem Austauschverhältnis zu einem „Gemeinschaftsverhältnis“, in dem die Interessen des Arbeitnehmers brutal den Interessen des Arbeitgebers untergeordnet wurden.³

► Die besondere Betonung der angeblich den Arbeitnehmer treffenden „Treuepflicht“ gegenüber dem Arbeitgeber und das ihm geschuldete „Vertrauen“.

Anzeige

August Thalheimer:

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

1– BAG vom 12.5.1955 – 2 AZR 77/53

2– Hueck – Nipperdey – Sacker, Lehrbuch des Arbeitsrechts Bd. II, 2. Halbband, 7. Auflage Berlin 1970

3– Der Arbeitnehmer darf „nicht den Interessen des Arbeitgebers zuwiderhandeln“, BAG vom 24.8.1972, in: Demokratie und Recht 1973, S. 174 ff.

► Die massiv eingeschränkte Meinungsäußerungsfreiheit im Betrieb (Verbot jeglichen „Whistleblowings“)⁴ sowie die noch heute übliche angeblich auf dem „enttäuschten Vertrauen“ des Arbeitgebers beruhende Verdachtskündigung (Fall Emmely).⁵

► Das generelle Verbot politischer Betätigung im Betrieb

Aber selbst innerhalb von Gesetzen gelang den Autoren in ihrer Eigenschaft als „Politikberater“ die teilweise Verankerung ihrer „Ideen“: So im Betriebsverfassungsgesetz von 1952 und in den Personalvertretungsgesetzen des Bundes und der Länder. Diese übernahmen mit ihrer „Friedenspflicht“ und dem Arbeitskampfverbot, dem Verbot der politischen Betätigung und dem Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit weitgehend die Ideen einer „Betriebsgemeinschaft von Arbeitgeber und Belegschaft“, die zuvor **nur** im Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit von 1934 als „Gemeinschaft von Betriebsführer und Gefolgschaft“ verankert gewesen war. Das BetrVG wurde von der Regierung Adenauer auf dem Höhepunkt der Kommunistenjagd der 50er Jahre gegen den Willen der Gewerkschaften durchgepeitscht. Nipperdey erwies sich wie andere ehemalige Nazis als treuer Vasall dieses Kanzlers durch seine gutachtlichen Stellungnahmen gegen den ersten und einzigen politischen Streik (der IG Druck und Papier) der Gewerkschaften. Dieser war gegen dieses Gesetz gerichtet, denn die Gewerkschaften sahen nicht zu Unrecht in dem Gesetz auf die gewerkschaftlichen Rechte in den Betrieben. Seit dieser Zeit aber „gilt“ der „politische Streik“ als angeblich verboten, obwohl **nur** die von Nipperdey angeführte „herrschende Meinung“ ihn so bezeichnet hatte.⁶ Alle späteren Autoren plapperten es nur nach.

Zum Arbeitskampf äusserte sich Nipperdey als Präsident des BAG in der ersten Entscheidung des „Großen Senats“ zum Arbeitskampf gänzlich losgelöst vom Grundgesetz, das er ohnehin nie ernst nahm. Er vertrat entgegen dem Art. 9 Absatz 3 GG die Auffassung, daß „Arbeitskämpfe im allgemeinen unerwünscht sind, weil sie volkswirtschaftliche Schäden verursachen“⁷. Nipperdey schuf sich eben seine Gesetze selbst. Und fortan gal-

ten alle Streiks grundsätzlich als unerlaubte Handlungen, die stets eines Rechtfertigungsgrundes bedurften und die Gewerkschaften ggf. schadensersatzpflichtig machten.

Wenn auch heute viele Auswüchse dieser antidemokratischen Rechtsprechung beschnitten sind, so haben sich bis heute weder das Bundesarbeitsgericht noch die „herrschende Meinung“ von diesen Auswüchsen distanziert. Im Gegenteil: Nipperdey & Co werden immer noch als große Juristen gefeiert, denen man (wenn auch nur ganz leise) allenfalls die Mitgliedschaft in der NSDAP anlastet, **nicht** aber, daß sie 20 Jahre lang mit ihrer faschistischen Ideologie das Arbeitsrecht dieser Republik vergiften konnten! Nicht nur in der Ahnengalerie des Gerichts sind sie heute noch alle zu finden, auch in der Rechtsprechung selbst sind ihre Spuren nicht getilgt.

Es ist höchste Zeit für einen deutlichen „Stolperstein“ vor dem Bundesarbeitsgericht in Erfurt und höchste Zeit zu erkennen, worin das Schweigen zur braunen Vergangenheit begründet ist: In einer noch heute zutiefst arbeitnehmerfeindlichen Haltung vieler Arbeitsrechtler. Eines der vielen Beispiele dafür war die Herabwürdigung der Arbeiterin Barbara Emme („Emmely“) durch den heutigen Protagonisten der „herrschenden Meinung“ Prof. Volker Rieble in einer juristischen Fachzeitschrift des C.H. Beck-Verlages, in welcher er ausdrücklich die Einlassungen Emmelys gegenüber ihrer Verdachtskündigung bezweifelte⁸. Schon der bloße Verdacht, das Bundesarbeitsgericht könnte die sog. Verdachtskündigung wegen Emmely kippen, ließ diesen Vertreter der „herrschenden Meinung“ nervös werden.

Hinweis

Es gab schon in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts junge Juristen, die sich intensiv mit der reaktionären Rechtsprechung am Bundesarbeitsgericht

auseinandersetzen. Der Autor gehörte dazu. Darüber berichtet er in seinen Erinnerungen in dem Band „Einspruch im Namen der Arbeit“, das 2021 im THK-Verlag erschien sowie in dem Buch „Umgang mit dem Arbeitsrecht“, das 2019 im VAR-Verlag erschien und zu dem Rudolf Dreßler das Vorwort schrieb.

Die Grundgedanken dieses Beitrags finden sich auch in dem Videobeitrag des Verfassers „Faschismus im Arbeitsrecht“ auf dessen youtube-Kanal unter https://www.youtube.com/watch?v=XXAOIRcyc_M

Dr. Rolf Geffken



4– BAG vom 4.7.1991, 2 AZR 80/91

5– Geffken, *Umgang mit dem Arbeitsrecht*, 3. Auflage Cadenberge 2019, S. 230 f.

6– Hueck – Nipperdey – Säcker a.a.O., S. 886 m.w.N.

7– BAG AP Nr. 1 zu Art. 9 GG Arbeitskampf

8– Volker Rieble, Barbara Emme – Ein Lehrstück über den Umgang mit der Justiz, in: NJW 2009, S. 2101 – 2105, hierzu: Geffken, *Ohne Tünche*, in: *junge Welt* vom 28.7.2009, S. 3 und ders., *Umgang mit dem Arbeitsrecht* a.a.O., S. 229 – 234

Wie ein Spitzenagent der Nazis auf der Gewerkschaftsliste in den Bayerischen Senat kam

Die schier unglaubliche Geschichte des Dr. Ludwig Weißbauer

*„Uns ist aber kein Fall bekannt, in der ein*e Nationalsozialist oder eine Nationalsozialistin eine führende Position bei den Gewerkschaften in München erhalten hat.“*



Ludwig Weißbauer 1944

Diese Einschätzung aus der aktuellen Broschüre „75 Jahre DGB München“ wird niemand überraschen. Wie sollte es auch einem Nazi gelingen, eine bedeutende Funktion bei den Gewerkschaften in München zu bekommen. Die Männer und Frauen des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus kannten sich in der Regel aus der Zeit vor 1933 bzw. aus dem Widerstand. Und doch war es so. Eine lange und verwinkelte Geschichte, die bis ins Jahr 1900 zurückreicht.

Ludwig Weißbauer war der Erstgeborene des Volksschullehrers gleichen Namens und seiner Ehefrau Ottilie. Sie hatten sich kennengelernt, als er an der Volksschule in Oberdorfen, einer kleinen Ortschaft im Landkreis Erding, unterrichtete. Dem Vater war kein langes Leben beschieden. Er starb, als der kleine Ludwig gerade mal fünf Jahre alt war. Die

Witwe zog mit den Söhnen Ludwig und Adolf zuerst nach Freising. Bald jedoch wurden sie vom Bruder der Mutter, Josef Schrällhamer, der katholischer Stadtpfarrer in München war, im Pfarrhaus aufgenommen. In München besuchte Ludwig das Gymnasium und machte 1920 das Abitur. Der Onkel erhoffte sich von ihm, dass er auch die geistliche Laufbahn einschlagen würde. Der jedoch studierte Jura und Volkswirtschaft und beendete sein Studium 1927 mit dem zweiten juristischen Staatsexamen. Seine erste Anstellung fand er für zwei Jahre beim Internationalen Arbeitsamt in Genf, damals eine Unterorganisation des Völkerbundes.

Schon vor 33 in der NSDAP

Sein gleichnamiger Neffe Ludwig Weißbauer beschreibt das Äußere seines Onkels in den 60er Jahren so: „L. war hochgewachsen, schlank, besaß blaue Augen und rötlich-blondes Haar, das jedoch schon in jungen Jahren schütter wurde. Mit diesem Aussehen entsprach er dem Mustertypus eines arischen Menschen, wie ihn sich die Rassenideologie des NS-Regimes vorstellte. Stolz war er, wenn man ihn auf seine Ähnlichkeit mit dem damals berühmten Filmschauspieler Hans Albers ansprach.“ (LW)* Von Genf zurückgekehrt, trat der aufstrebende Jurist der NSDAP bei, ging vorerst nach England, betrieb dort wirtschaftswissenschaftliche Studien und ließ sich anschließend in München als Rechtsanwalt nieder. Aber schon bald bekam er von der Partei das Angebot, die Verlagsleitung des Berliner SA-Kampfblattes *Der Angriff* zu übernehmen. In dem Zusammenhang siedelte er nach Berlin über, wo er bis zum Kriegsende 1945 wohnhaft blieb. Dieser Auftrag sollte für Weißbauer schnell problematisch werden. Die SA in Berlin war ein gärriger Haufen, wie man heute in rechten Kreisen sagen würde. Es waren nicht nur die

Straßenschlachten mit den Organisationen der Arbeiterbewegung, auch interne Auseinandersetzungen wurden mit äußerster Härte geführt. Bereits am 3. April 1931 wurde Weißbauer von Joseph Goebbels, dem Berliner Gauleiter der NSDAP, aus der Partei ausgeschlossen und mit ihm Melitta Wiedemann, die in der Redaktion der Zeitung und des Verlags arbeitete, und die für Weißbauer bis zu seinem Lebensende eine besondere Rolle spielen sollte. Dazu gleich mehr. Chef der Berliner SA Truppe war der Polizeihauptmann a.D. Walther Stennes. Er und seine Anhänger in der SA harkten mit dem legalistischen Kurs Hitlers, der auf parlamentarischem Weg an die Macht kommen wollte, während Stennes eine härtere Gangart propagierte. Als Hitler Stennes absetzte, drang dieser mit seiner Truppe in das Berliner Parteigebäude ein, um seinem Nachfolger den Zutritt zu verwehren. Stennes zog in der Auseinandersetzung den Kürzeren. Seine Anhänger und solche, bei denen Sympathien unterstellt wurden, schloss man aus der Partei aus. Es sollen über 500 gewesen sein. Stennes flüchtete 1933 aus Deutschland und emigrierte über verschiedene Zwischenstationen nach China, wo er bis 1949 die zweitausend Mann starke Leibwache General Chiang Kai-sheks befehligte. Um Weißbauers Parteiausschluss gab es zwischen Berlin und München einen interessanten Briefwechsel. Einige Wochen nach dem Ausschluss befasste sich der Untersuchungs und Schlichtung-Ausschuss N.S.D.A.P. Gau Groß-Berlin um den Fall und schickte folgendes Schreiben nach München: „Der bisherige Verlagsleiter des Verlages *Der Angriff*, Dr. Ludwig Weissauer ist gem. Vfg. des Gauleiters des Gaues Gross-Berlin als Stennesanhänger aus der Partei ausgeschlossen worden. Es wird um Mitteilung gebeten, ob W. Parteimitglied ist, welche Mitgl.Nr. er führt und welcher O.Gr. er organisatorisch

angehört. In der Kartei des Gaues Gross = Berlin wird er nicht geführt.“ Eine Woche später kommt aus München folgende Antwort: „Auf Ihre Anfrage (...) geben wir Ihnen bekannt, dass Dr. Ludwig Weissauer (...) unterm 1.11.29 unter Nr. 160076 als Mitglied in die NSDAP aufgenommen und mit Rücksicht auf seine Wohnung, München, St. Paulsplatz 10 der O.Gr. München-Westend zugeteilt wurde. Bereits unterm 1.11.30 wurde Weissauer wegen unbekannten Aufenthaltes durch die Gauleitung München – Oberbayern abgemeldet. Weissauer ist deshalb seit diesem Zeitpunkt in der Reichskartei gestrichen.“ (Barch, R 9361-V/39628) Wie konnte ein Parteimitglied ausgeschlossen werden, das zu diesem Zeitpunkt kein Mitglied war? Ab hier wird Weißauers Biographie mysteriös.

Weiterhin Nationalsozialist

Nach bisherigen Erkenntnissen vermied er vermutlich wegen seiner geheimdienstlichen Tätigkeit einen späteren Beitritt, was aber keinen Zweifel über seine nationalsozialistische Gesinnung aufkommen lassen darf. Auch nach seinem Rauswurf aus der Partei schrieb er im Vorwort seines 1932 erschienenen Buches *Schicksal des deutschen Nationalismus*: „Der Verfasser ist Nationalsozialist“. Zurück zu Melitta Wiedemann. „Soweit bekannt, war sie die einzige Frau, die eine bedeutende Rolle in L.s Leben spielte.“ (LW)*

Sie waren gleich alt und haben sich während ihrer Tätigkeit in Berlin kennengelernt. Frau Wiedemann war eine mehr als schillernde Figur. Geboren in Sankt Petersburg als Tochter begüterter deutscher Eltern, die später im Zusammenhang mit der Oktoberrevolution nach Teheran übersiedelten, genoss sie eine humanistische Bildung. In den frühen Zwanzigerjahren ging sie nach Deutschland und arbeitete als Journalistin. Ihr militanter Antibolschewismus führte sie zur Nazibewegung. In der Redaktion des Angriff wurden ihre Qualifikationen – sie beherrschte neben Deutsch auch Russisch und Englisch – und ihr Antisemitismus vor allem von Joseph Goebbels, der sie als „das einzige Mannsbild“ in der Redaktion bezeichnete – sehr geschätzt. In einem Interview von 1971 behauptete sie, im März 1931 aus der NSDAP ausgetre-

ten zu sein, was schlicht gelogen war, war sie doch – wie wir gesehen haben – am 1. April 1931 zusammen mit Ludwig Weißauer ausgeschlossen worden. Ja, Melitta Wiedemann und die Wahrheit! Sie wollte auch 1943 zusammen mit hohen SS-Führern versucht haben, Hitler zu entmachten und die massenhafte Ermordung der gefangenen Rotarmisten zu verhindern. Diese und ähnliche Geschichten erzählte sie gerne und oft nach dem verlorenen Krieg. Bleiben wir bei den Fakten. Der Parteiausschluss scheint weder Ludwig Weißauer noch Melitta Wiedemann geschadet zu haben. Frau Wiedemann wurde Mitte der dreißiger Jahre u.a. Schriftleiterin zweier Presseorgane der braunen Deutschen Christen. Von 1939 bis 1944 war sie Hauptschriftleiterin und Herausgeberin der Nazizeitschrift *Die Aktion*, die sich als Kampfblatt gegen Plutokratie und Volksverhetzung bezeichnete und die besonders dem Hass gegen Jüdinnen und Juden verpflichtet war. Wie und wann sie Berlin verließ und nach München verzog, ist nicht bekannt. Jedenfalls wollte sie unter allen Umständen vermeiden, in die Hände der sowjetischen Besatzungsorgane zu fallen.

In München hatte sie weniger zu befürchten. Dort hatte sich inzwischen ihr früherer Chef, Ludwig Weißauer, mit dem sie lt. Auskunft von Weißauers Berliner Sekretärin, Frau Rüttinger, die Wohnung geteilt hatte, eingefunden und wohnte zusammen mit seiner Mutter wieder beim Onkel im Pfarrhaus von St. Paul. Aber was hat dieser Weißauer in der Zeit von 1933 bis 45 gemacht? Eigentlich hätte er nach den Vorfällen von 1931 in Berlin und nach seinem Parteiausschluss bei den Nazis eine persona non grata sein müssen. Dem war nicht so. Ganz im Gegenteil. Weißauer legte in diesen zwölf Jahren eine beachtliche Karriere hin.

Spitzenagent des SD

Zunächst kehrte er in seinen Beruf zurück. In einem Brief vom 31. Mai 1931, der von einer Tante stammt, heißt es: „Ludwig hat jetzt in Berlin auch eine Kanzlei, was der noch alles treibt, da bin ich gespannt. Von seinen letzten Kämpfen hast du ja sicher gehört. Man hat ihm übel mitgespielt. Ich kann es schon verstehen...“. Als dann nach der

Machtübergabe an die Nazis Onkel Josef Schrallhammer bei Predigten in seiner Kirche in München den Nazis unangenehm auffiel und er festgenommen wurde, schaffte es ein Hilferuf nach Berlin zum Neffen nach wenigen Tagen, eine Entlassung aus der Haft zu bewirken. Auch das ein Hinweis auf den nach wie vor vorhandenen Einfluss Weißauers. Günther W. Gellermann schreibt in der Einleitung seines 1995 erschienenen Buches *„Geheime Wege zum Frieden mit England...“*: „Die Person des deutschen Agenten, Dr. Ludwig Weißauer, der, so lassen seine eigenen, wenig präzisen Angaben vermuten bereits vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wirtschaftliche und diplomatische Aufträge auf der Geheimdienstebene wahrgenommen hat, lässt viele Fragen offen.“ In der spärlich vorhandenen Literatur wird er gelegentlich als Rechtsberater Hitlers bezeichnet. Während des von General Franco angezettelten Bürgerkriegs, also im Zeitraum von 1936 bis 39, muss er sich u.a. in Spanien aufgehalten haben. Wie lange und in welcher Mission, ist (noch) nicht bekannt. Auch in Abessinien, das von Mussolinis Truppen besetzt war, soll er gewesen sein. Ebenso in Brasilien und in China. Im Unterschied zu anderen aus der oberen Naziriege bleiben seine Tätigkeiten zumeist im Dunkeln, da er sie in geheimer Mission als Auslandsagent des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) ausübte. Das RSHA, zu Kriegsbeginn im September 1939 von Heinrich Himmler gegründet, fasste die Sicherheitspolizei (Sipo), den Sicherheitsdienst (SD) und die Geheime Staatspolizei (Gestapo) zusammen. Es war die Terrorzentrale des 3. Reichs und organisierte u.a. die Ermordung der jüdischen Bevölkerung.

Wie Weißauer zum SD gekommen ist; wer ihn im RSHA protegierte, entzieht sich bisher unserer Kenntnis. 1940 erhielt Weißauer eine zivile Beschäftigung als Beamter im Reichsluftfahrtministerium, zugeordnet dem Luftgaukommando Hamburg. Auch das eine gute Tarnung, die ihm später bei seiner Festnahme durch die Amerikaner von Vorteil sein sollte. Im Reichsluftfahrtministerium meldete er sich, wenn er ins Ausland reiste, und das war oft der Fall, bei Graf von Baudissin (Scharführer der SA und NSDAP-Mitglied) im Luft-

waffenverwaltungsamt ab. Dieser Verwaltungsjurist war 1960/61 stellvertretender NATO-Botschafter in Paris und nach 1975 Rechtsanwalt in München. Jeder hätte dem anderen schaden können, da war es für beide Seiten nützlicher zu schweigen. Im Juli 1940 erhielt Weißauer einen Auftrag, der strengste Geheimhaltung erforderte. Im geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 war Finnland dem Interessensgebiet der UdSSR zugeschlagen worden. Die finnische Regierung befürchtete deshalb einen Angriff der Roten Armee und wollte sich Rückendeckung verschaffen. Im Juli 1940 trat Weißauer an den neuen Gesandten Finnlands in Berlin, T. M. Kivimäki, heran. Es kam zu mehreren Gesprächen. Bei einem dieser Gespräche *„ließ Weißauer Kivimäki wissen, dass es konkrete deutsche Pläne, die Sowjetunion anzugreifen, gäbe.“* Noch im Juli reiste Weißauer nach Stockholm und Helsinki, um über hochrangige Kontaktpersonen herauszufinden, wie sich Finnland und Schweden bei einem Angriff auf die UdSSR durch Deutschland verhalten würden. Die finnische Regierung machte deutlich, dass sie sich an dem Angriff nicht beteiligen, aber das eigene Territorium verteidigen würde. Im März 1942 wurde Weißauer für seine Verdienste vom Präsidenten Finnlands zum „Kommandeur des Ordens der Weißen Rose“ ernannt und erhielt das „Komturkreuz des Ordens der Weißen Rose von Finnland“.

Verhandlungen mit England

Weißauer war Mitte 1940 mit einem weiteren Auftrag betraut worden. Seine Aufenthalte in Schweden sollten Bewegung in die Verhandlungen mit England bringen. Seit dem 3. September 1939 war GB Kriegspartei, war aber vorerst nur mit Kriegsvorbereitungen beschäftigt. Im Juni 1940 fand ein Gespräch zwischen dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Butler, und dem schwedischen Gesandten in London statt. Es gab im britischen Außenministerium durchaus ernstzunehmende Kräfte, die auf eine Einigung mit Deutschland orientierten. Strikt dagegen war jedoch Premierminister Winston Churchill, der jede Vor-



Aus Ludwig Weißauers Fotoalbum, Seite 11

machstellung eines Staates auf dem Kontinent ablehnte. Hitler und die deutsche Führung wiederum wollten einen Zweifrontenkrieg vermeiden und waren zu Zugeständnissen bereit. Eine Einigung mit England sollte erreicht werden, bevor der Angriff auf die Sowjetunion begann. Die Schweden sollten vermitteln und die einzelnen Schritte über Weißauer mit Hitler absprechen. Über Wochen wurde auf der Geheimdienstschiene verhandelt, wobei die englische Seite zuletzt auch die US-Regierung miteinbezog. Als dann schließlich Hitlers Vorschläge definitiv abgelehnt wurden, reagierte die deutsche Führung im August 1940 mit verstärkten Luftangriffen auf England. Im Oktober 1941 wurde Weißauer zum Regierungsrat a. Kr. (auf Kriegsdauer) ernannt und anschließend zum Luftgaukommando Rostow versetzt. Im April 1942 erfolgte eine Abordnung ins Reichsministerium Ost. Er bekam die Aufgabe zugewiesen, die wirtschaftlichen Maßnahmen der Heeresgruppe Nord, mit Sitz in Lettland, mit denen der Heeresgruppe Süd abzustimmen. An seinen Vorgesetzten in der Abteilung Führungsstab Politik im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Dr. Otto Bräutigam, lieferte er auch Berichte über die Stimmung in der Bevölkerung in den baltischen Gebieten. Bräutigam war in die systematische Ermordung der Jüdinnen und Juden in den besetzten Gebieten des Ostens eingebunden. Trotzdem wurde er in der BRD Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen

Amtes. Auch Weißauer muss über die Mordaktionen bestens Bescheid gewusst haben. Man war mit seiner Arbeit mehr als zufrieden. Und so wurde er am 1. April 1944, zwar etwas spät, aber immerhin, zum Oberfeldintendanten (Oberregierungsrat) befördert.

Weißauers Nachkriegskarriere

Ob der Exagent des SD nach dem Krieg bei den Amerikanern hätte anheuern können? Viele andere machten oder versuchten es zumindest. Er entschied sich für einen anderen Weg. Als Rechtsanwalt eröffnete er eine Kanzlei und zog 1958, nach dem Tod seiner Mutter aus dem Pfarrhaus in eine gegenüberliegende Mietwohnung mit drei Zimmern. Wohl nicht zufällig wohnte zwei Stockwerke über ihm eine alte Bekannte und Weggefährtin, nämlich Melitta Wiedemann, auch sie früher in den Diensten des SD. Der Neffe Weißauers vermutet, es sei *„nicht von der Hand zu weisen, dass sie später von L.s Zuwendungen lebte. Er musste für sie sorgen, weil sie zu viel aus der gemeinsamen Vergangenheit wusste.“* (LW)* Der Neffe gibt interessante Einblicke in das Verhältnis von Ludwig Weißauer zu Melitta Wiedemann. *„Ich selbst wohnte als Student während meiner gesamten Studienzeit von 1962 – 1967 unentgeltlich bei meinem Onkel L. Täglich kam gegen 18.00 Uhr Frau W., die bei ihm als Sekretärin in der Kanzlei arbeitete, mit dem Abendessen im Henkelkorb aus dem 2. Stock herunter. Obwohl sich die beiden seit über 50*

Jahren kannten, waren sie stets per Sie. Dann saßen wir zu dritt beim Essen. Ich wurde Zeuge von häufigen Streitgesprächen, was dann manchmal dazu führte, dass es für ein paar Tage kein Essen gab. Ich verstand nicht viel davon, da mir beider Vergangenheit unbekannt war.“ Und noch einige Bemerkungen des Neffen geben Hinweise, wie Weißauer in diesen Jahren „tickte“: „Er war stets von großer Angst besetzt. Fenster und Türen waren immer verriegelt, am Telefon meldete er sich nie mit Namen. L. hatte während des ‚Kalten Krieges‘ ständig Angst vor einem Atomkrieg, den er kommen sah.“ Er sei ein einsamer Mensch gewesen. Auch nach dem Krieg habe er keine wirklichen Freunde besessen. Es gab aber offensichtlich noch ein anderes Leben, das mit seiner beruflichen Tätigkeit zusammenhing. Er konnte auf Kenntnisse zurückgreifen, die er damals in Genf beim Internationalen Arbeitsamt erworben hatte. Kommen wir zu der für uns interessantesten Frage. Wie konnte es dem Dr. Ludwig Weißauer mit dieser Vergangenheit gelingen, in die Führungsspitze des DGB in München zu kommen und über diese Schiene in den Bayerischen Senat? Solange es den Senat gab, waren die Sitze sehr begehrt. Was die elf Gewerkschaftssitze betraf, waren sie in der Regel den verdienten Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften, zumeist altgediente Sozialdemokraten, vorbehalten. Es gibt keinen Hinweis auf einen SPD-Beitritt Weißauers. Allerdings hatte er über seine rechtsanwaltliche Tätigkeit Kontakte in dem gewerkschaftlichen Bereich. Wie wir gesehen haben, hatte er sich schon früh bei der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf Kenntnisse angeeignet, die ihm den Zugang verschafften. Und so war er seit 1950 Syndikus der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger in der Gewerkschaft Kunst im DGB Bayern und soll auch Mitglied des DGB-Landesbezirksvorstandes gewesen sein. Mit Ludwig Linsert, der 1950 Münchener Kreisvorsitzender und von 1958 – 1969 Landesvorsitzender des DGB war, scheint er nach Aussage mehrerer Gewerkschafter einen freundschaftlichen Umgang gepflegt zu haben. Beide waren Senatskollegen. Linsert von 1956 bis 1969 und Weißauer von 1957 bis 1961. Linsert kam aus dem Widerstand. Seine ISK-Gruppe (Internationaler

Sozialistischer Kampfbund) war 1938 von der Gestapo zerschlagen worden. Er selber war zu einer zweijährigen Zuchthausstrafe verurteilt und nach seiner Haftentlassung zur Strafddivision 999 eingezogen worden. Fiel Ludwig Linsert bei seinen Kontakten mit Weißauer nichts auf? Gewerkschaftsfunktionäre, die damals mit Weißauer zusammenarbeiteten, äußerten sich in den 90er Jahren zu seiner Person: Karl Hauptmannl, von 1954 bis 1970 Vorsitzender der GEW Bayern und Senator a.D.: „Weißauer war sehr beliebt, leutselig, machte den Eindruck eines bedeutenden Menschen, in politischen Problembereichen äußerst zurückhaltend und keinesfalls provozierend.“ Der aus Nürnberg stammende Walter Roth, Senatsvizepräsident a.D. und ehem. Leiter der Abteilung Beamte und öffentlicher Dienst im DGB Bayern über seinen Kollegen: „Weißauer war ein sehr angenehmer Kollege im Senat, er besaß hohes Ansehen, war sehr gebildet, wirkte elegant, war sehr zurückhaltend, ein sehr leiser Kollege.“ Warum sollte man auch bei einem so sympathischen Menschen kritische Fragen stellen? 1970 erschien Weißauers letztes Buch mit dem Titel „Die Zukunft der Gewerkschaften“. Darin sprach er sich gegen einen Staatssozialismus und für einen Gewerkschaftssozialismus aus. Darauf einzugehen, würde zu weit führen. Als Rechtsanwalt hatte er noch ein weiteres Standbein, das der Todesanzeige seiner Mitarbeiter zu entnehmen ist. Er war langjähriger Vertragsanwalt des Deutschen Bundeswehrverbandes im Wehrbereich VI. In dieser Todesanzeige, steht auch der Hinweis auf seinen Dienstgrad in der Wehrmacht: Oberfeldintendant. Es heißt da auch, er sei „an einer Spätfolge des Krieges“ gestorben: Das ist insofern merkwürdig, weil sein Nefee, der es besser wissen musste, sein Lebensende ganz anders schilderte: „In den letzten beiden Lebensjahren litt er an einem Leberkrebs, der auf eigenen Wunsch nie stationär behandelt wurde. Er hatte jahrelang täglich eine Flasche Rotwein mit Mineralwasser getrunken. Er magerte sehr stark ab, schließlich konnte er das Bett nicht mehr verlassen, Frau Wiedemann und ein Medizinstudent, der nach mir das Zimmer bewohnte, pflegten ihn fürsorglich.“ Weißauer starb im Februar 1973. Bis zuletzt konnte er seine nicht unbedeutende

Nazivergangenheit geheim halten. Und er hatte vermutlich bis zuletzt kein Problem damit.

Hans Elas
Geschichtswerkstatt Dorfen

Günther W. Gellermann: „Die geheimen diplomatischen Missionen des Dr. L. Weißauer“, in: (ders.): Geheime Wege zum Frieden mit England. Ausgewählte Initiativen zur Beendigung des Krieges 1940/42. Bernard und Graefe, Koblenz 1995

(LW)* aus einer undatierten Aufzeichnung des Neffen von Dr. Ludwig Weißauer

Anzeige



ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE
ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropol Verlag. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14,- Euro, zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 35 € (Ausland 45 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de
www.metropol-verlag.de

Die bürgerliche Revolution schreitet voran

Zur Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung in Chile



Revolutionen beginnen in der Regel damit, dass die Menschen ihre Lebensbedingungen nicht mehr ertragen. Sie legen ihre traditionellen Verhaltensweisen ab. Verstößt das gegen Gesetze, landen sie vor Gericht. In weniger demokratischen Gesellschaften werden sie gleich auf offener Straße zusammengeschossen. Daher wird den handlungsbereiten Frauen und Männern meist auch von der radikalsten Oppositionspartei von ihren Plänen abgeraten.

In Ländern mit großen inneren Verwerfungen, für deren Beseitigung die Rechtsordnung keinen gangbaren Weg vorsieht, können solche, eigentlich fahrlässigen, Aktionen der Funke sein, der eine soziale Explosion auslöst, die in eine Revolution übergeht. So ist das vor gut eineinhalb Jahren in Chile geschehen.

Niemand hat damit gerechnet, was die geringfügige Fahrpreiserhöhung in der Hauptstadt bewirken wird. Als Reaktion auf die neuen Tarife verabredeten sich Schüler zum

kollektiven Schwarzfahren. Das hätte eine Nachricht für die lokale Berichterstattung bleiben können und im Folgenden die Gerichte beschäftigt.

Doch die harte Reaktion der Staatsmacht führte zur größten Massenbewegung in der Geschichte Chiles. Auf einen Schlag gingen von Nord bis Süd Hunderttausende auf die Straße. Sie protestierten gegen ihre miserablen Lebensbedingungen. Dafür machten sie die strikt neoliberale Organisation der Gesellschaft verantwortlich. Da die Verfassung das so vorschreibt, forderten sie ein neues Grundgesetz.

Die Proteste ließen auch nach Wochen nicht nach, die Gewerkschaften unterstützten die Bewegung mit Solidaritätsstreiks und, ein wichtiger Umstand, das Militär wollte nicht gegen die Bevölkerung aktiv werden. Das zwang die rechte Regierung von Sebastián Piñera zum Einlenken. Mit den Parteien der Mitte und einem Abgeordneten der Frente Amplio (FA) vereinbarte man

ein Gesetz, das den Weg zu einem neuen Grundgesetz öffnete.

Die Regierung wollte damit Druck aus dem Kessel nehmen und hoffte auf Grund vieler Vorschriften, die sie in den Text hat einfließen lassen, dass ihr die Kontrolle nicht aus der Hand gleiten wird. Ein Pflock, den sie in den Text rampte, war die Verkleinerung der Sperrminorität in der Convención Constitucional (CC) (Verfassungsgebende Versammlung). Aktuell benötigen Verfassungsänderungen die Zustimmung von 3/5 der Parlamentarier. Das neue Grundgesetz muss jetzt von 2/3 der CC gebilligt werden.

Unter anderem deshalb stieß dieses Gesetz in Teilen der Volksbewegung auf massive Ablehnung. Besonders wurde Gabriel Boric von der FA für seine Zustimmung kritisiert. Manchen gilt sie, auch heute noch, als Verrat. Innerhalb der FA löste das eine Austrittswelle aus, darunter auch von prominenten Vertretern wie dem Bürgermeister von Valparaíso. Im Ergebnis scheint

dieses Parteienbündnis damit aber gereift zu sein.

Es gibt gute Gründe für Kritik, aber der entscheidende Punkt ist, dass damit die Rechte ihre Macht zum Veto aus der Hand gegeben hat. Diese Sperrminorität, die ihr ein auf sie zugeschnittenes Wahlsystem verschaffte, war ein wichtiges Werkzeug, um die Verfassung aus den Zeiten der Diktatur vor grundsätzlichen Änderungen zu schützen. Mit diesem Gesetz ging die Richtlinienkompetenz über die Zukunft Chiles nach fast 50 Jahren wieder in die Hände des Volkes über. Nun lag es an ihm, die neue Lage klug zu nutzen.

Dieses Gesetz zum Start des verfassungsgebenden Prozesses war der erste, entscheidende, Erfolg der Massenbewegung, man kann es nicht häufig genug wiederholen. Sie hat die Rechte zu diesem Gesetz gezwungen. Man kann das vielleicht mit der Erstürmung der Bastille während der Französischen Revolution vergleichen. Da sich Chile als Demokratie versteht, wäre der Sturm des Regierungssitzes sinnlos gewesen. Auf der Straße den Weg zu öffnen, der im institutionellen Rahmen zwar vorhanden war, aber nicht beschritten werden konnte, war das Mittel der Wahl. Damit hatte diese bürgerliche Revolution ihren ersten Schritt getan.

Eine bürgerliche Revolution deshalb, da sich die Menschen nach einem Sozialstaat wie im Westeuropa der 1970er Jahre sehnen. Dazu hat die neoliberale Ideologie den Menschen den Vorrang ihrer ganz persönlichen Sichtweise in die Köpfe gehämmert. Sie sind selbst dann noch von diesem Denken durchdrungen, wenn sie als Teil der Protestbewegung von Gemeinschaft und Solidarität sprechen. Das zeigen die zahllosen Kandidaturen zur Verfassungsgebenden Versammlung. Ein neues, kollektivistisches Denken kann wahrscheinlich erst dann wieder um sich greifen, wenn die Realität die Menschen dazu zwingt.

Ein Kennzeichen von Revolutionen ist, dass jedes auf sie zukommende Problem eigentlich zu ihrem Ende führen sollte. Nach allen Erfahrungen wird da die Bewegung zusammenbrechen oder niedergeschlagen werden. Schließlich geschieht etwas völlig Unerwartetes und die Revolution schreitet voran.

Die nächste Hürde auf dem Weg zur neuen Verfassung war eine Volksabstimmung im Oktober 2020. Wegen Corona fand sie erst ein Jahr nach der sozialen Explosion statt. Die Bürger wurden gefragt, ob sie überhaupt ein neues Grundgesetz wünschen. Hier erwartete zwar niemand das Ende des eingeschlagenen Wegs, die Zustimmung von fast 80% war aber doch eine Überraschung.

Den Grund für dieses Ergebnis hatten Meinungsforscher von cadem schon im Juli ermittelt. In einer Umfrage¹ wurde untersucht, wie sich die Rechte selber sieht. Das Ergebnis zeigte eine tiefgreifende Spaltung dieses Lagers. Nur 50% von ihnen wollten die aktuelle Verfassung behalten. Erstaunliche 38% gaben aber an, für das Projekt stimmen zu wollen.

Der Optimismus der Regierung

Der nächste Schritt auf dem eingeschlagenen Weg war die zuerst für April, dann wegen der Pandemie auf Mai verschobene Wahl der Delegierten zur CC. Trotz ihrer deutlichen Niederlage in der Volksabstimmung ging die Rechte weiterhin davon aus, dass gegen sie keine neue Verfassung geschrieben werden kann.

Ein Beispiel ist das Interview des chilenischen Außenministers Andrés Allamand im November mit der spanischen Tageszeitung *El País*. „Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Mitte-Rechts-Parteien (Die Rechte bezeichnet sich in Chile als Mitte-Rechts. E.B.) ein deutlich höheres Ergebnis als ein Drittel erzielen wird, so dass die Zusammensetzung des künftigen Konvents ein Gleichgewicht zwischen den politischen Kräften des Landes herstellen wird.“²

Die Hoffnung des Außenministers basierte auf dem Wahlrecht. Es begünstigt das Lager, das seine Kräfte zu einer einzigen Liste bündeln kann. Bei allen Differenzen sind die rechten Parteien dazu in der Lage. So konnten sie 2017 ihren Stimmenanteil von 38,7% in 46,5% der Mandate verwan-

deln. Warum hätte das nicht wieder gelingen sollen, gerade weil es den Vertretern der Opposition an der nötigen Einsicht zur Zusammenarbeit mangelte? Es gab einen Versuch, unterstützt durch den Gewerkschaftsdachverband CUT, die divergierenden Kräfte zu einer Einheitsliste³ zu bewegen. Doch daran bestand so gut wie kein Interesse.

Daher stützte auch der Abgeordnete und Wahlexperte der Radikalen Partei, sie gehört zur politischen Mitte, die Einschätzung von Allamand. Pepe Auth prophezeite für die rechte Liste *Vamos por Chile* 30% der Stimmen und 57 Sitze. „Der Rechten wird es schlecht ergehen. Sie wird das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte erzielen, gemessen am prozentualen Anteil der Wähler, aber die Aufsplitterung der Opposition in mehr als 5 Listen pro Wahlkreis wird es ihr ermöglichen, sich um 10 Prozentpunkte über zu repräsentieren.“⁴

Wie die Resultate aus Arica und Osorno zeigen, hätte das funktionieren können. Dort hat sich trotz gravierender Stimmenverschiebungen an der Vertretung dieser Gebiete wenig geändert. Bei der letzten Parlamentswahl⁵ konnte in Arica sowohl die Rechte, das Mitte-Links-Bündnis und die FA je ein Mandat gewinnen. Das ist im Wesentlichen so geblieben. Wieder entsenden die drei Lager jeweils einen Vertreter. Auf der rechten Seite liegt das Mandat weiterhin in den Händen der UDI. Die Liberale Partei (LP), eine Bruderpartei der deutschen FDP, hat diesmal das Mandat für die Mitte errungen, während das vor vier Jahren noch auf der Liste der FA geschah. Das Mandat der Linken ist jetzt einem Kommunisten zugefallen.

Das ist die Folge der Umgruppierungen im chilenischen Parteiensystem. Die Kommunisten haben das Bündnis der Parteien der Mitte verlassen und mit der FA die Liste *Apruebo Dignidad* gegründet. Da ist der LP wohl aufgefallen, dass eine Zusammenarbeit mit Kommunisten

1. <https://www.cadem.cl/encuestas/las-derecha-mira-a-la-derecha-en-medio-de-sus-dias-mas-criticos/>

2. <https://elpais.com/internacional/2020-11-14/andres-allamand-seria-un-gravisimo-error-que-chile-se-refundara-en-la-nueva-constitucion.html>

3. <https://www.theclinic.cl/2021/01/07/alejandro-goic-el-llanero-solitario-de-la-unidad-opositora/>

4. <https://www.ex-ante.cl/https-www-ex-ante-cl-pepe-auth-chile-vamos-va-a-sacar-un-30-por-ciento-en-la-convencion-constitucional-pero-la-dispersion-opositora-le-favorecera/>

5. Die Wahl zum Parlament fand 2017 statt und ist, mit Einschränkungen, am ehesten für Vergleiche geeignet. Im weiteren Text beziehe ich mich immer auf diese Wahl. Die Zahlen sind von <http://servel.cl>, <https://servelecciones.cl> und eigenen Berechnungen.

von ihren Freunden aus der Liberalen Internationalen⁶ nicht so gern gesehen wird. Deshalb sind sie zur Lista del Apruebo, dem Bündnis der Mitte, gewechselt, wo sich nach dem Ausscheiden der Kommunisten auch die Christdemokraten wieder eingefunden haben.

Doch zurück nach Arica. Dort haben die drei erfolgreichen Listen gerade einmal 48,25% der Stimmen eingesammelt. Eine Mehrheit der Wähler verteilt sich auf sechs weitere Bündnisse und unabhängige Bewerber. Aufgrund ihrer Zersplitterung sind sie aber nicht in der CC vertreten. Hätten sich die beiden Einzelbewerber zu einer Liste verbündet, wäre das Mandat der Rechten an sie gefallen. Hier ist es genau so gelaufen, wie von Auth vorhergesagt.

Die linksradikale Kandidatur

In Arica konnte auch die trotzkistische Partei der Revolutionären Arbeiter (PTR) 3,7% einsammeln. Das sind ungefähr 2/5 der Stimmen, die dort die kommunistischen Bewerber auf sich vereinigen konnten. Landesweit ist dieses Verhältnis aber nur 1:5 (KP: 4,99%, PTR: 0,92%). Die Stärke der PTR ist eine Konsequenz der kommunistischen Teilnahme an den Wahlbündnissen der Mitte. Es wurde von nicht wenigen als Verrat betrachtet, dazu gab es aber keine Alternative. Das zeigt die Wahlrechtsreform während der letzten Regierung Bachelet. Sie hat die Voraussetzung für das heutige Erdbeben geschaffen. Daher kann man im linksliberalen Online-Medium *El Desconcierto* lesen: „Trotz der Tatsache, dass die KP eine Regierungspartei von Bachelet gewesen ist, hat sie die bestehende Ordnung herausgefordert.“⁷ Das dient zur Erklärung, warum die KP als einzige der historischen Parteien keine Verluste zu verzeichnen hatte.

Die Stimmen für die PTR sind ein Indiz, dass es in der chilenischen Linken immer noch Träumer eines irgendwie „revolutionären Weges“

gibt. Doch gerade die Geschichte der Regierung der Unidad Popular zeigt, dass das Herumfuchteln mit Gewehren, in Worten oder real, in bürgerlich-demokratischen Ländern in die Katastrophe führt. Dazu kommt, dass am Ende sogar Fidel Castro während der letzten Jahre der Diktatur den chilenischen Linken zur Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Opposition geraten hat. Dafür hätte man aber den bewaffneten Kampf aufgeben müssen. Das wurde von den Führungskadern der radikalen Organisationen abgelehnt und führte in eine weitere Niederlage. Die KP verlor ungefähr die Hälfte ihrer Anhänger und der MIR löste sich auf.⁸

Wenden wir uns jetzt Osorno zu. Gegenwärtig wird dieser Wahlkreis von zwei Sozialisten und zwei Rechten im Parlament vertreten. Bei der Wahl zur CC waren nur drei Sitze zu vergeben. Das vierte Mandat ist dem Kontingent der für die Ureinwohner reservierten Sitze zugefallen. Jetzt vertreten zwei Rechte und ein Sozialist diese Region in der CC. Auch hier hat Vamos por Chile 1/3 seiner Wähler eingebüßt und verdankt seine Stärke der Auffächerung der Opposition auf fünf Listen und zwei unabhängige Kandidaturen.

Einen weiteren Grund bilden wahrscheinlich die reservierten Sitze. In diesem Stimmkreis haben etwa 18.000 Wähler an diesem separaten Wahlgang teilgenommen. Ihre Stimmen fehlen den Wahlkreislisten. Es ist reine Spekulation, wie die Ergebnisse mit den indigenen Wählern ausgefallen wären, aber nur 0,5 Prozentpunkte mehr für Apruebo Dignidad hätte der Rechten ein Mandat gekostet.

Die Wahl der indigenen Vertreter

Betrachtet man diese Wahlgänge, fällt eines auf: je größer eine Ethnie ist, desto weniger von ihnen beteiligen sich. Sei es, dass ihnen die Kandidaten nicht zusagen und sie deshalb den allgemeinen Stimmzettel neh-

men, sei es, dass sie sich durch den chilenischen Staat besetzt fühlen und ihn nicht durch eine Wahlteilnahme anerkennen wollen.

Setzt man bei den Indigenen eine vergleichbare Wahlbeteiligung von 43,4% wie im Landesdurchschnitt voraus, haben sich auf den Osterinseln mit 54% überdurchschnittlich viele Rapa Nui an dieser exklusiven Wahl beteiligt, doch sie zählen auch nur 3.623 Stimmberechtigte.

Dagegen liegen die Mapuches mit 1.063.980 eingeschriebenen Wählern am unteren Ende der Wahlbeteiligungen. Nur gut 22% von ihnen haben sich an dieser Stimmabgabe beteiligt. Das überrascht, fallen doch gerade die Mapuches, oder, besser gesagt, einige ihrer politischen Strömungen wegen der lautstark erhobenen Forderungen nach Selbstbestimmung auf.

Dass die Wahlbeteiligung wichtig für die Zukunft der indigenen Bewegung ist, war allen klar. So fragte der Bewerber Adolfo Millabur in einem Gespräch mit der Zeitschrift *The Clinic*: „Wie groß wird die Zahl der Wähler sein? Davon hängt ab, ob man am Tag danach ein politisches Gewicht besitzt.“⁹ Daher gab er die Losung „Mapuche wählt Mapuche“ aus.

Es ist schwer zu sagen, wie sich diese Vertreter in der CC verhalten werden. Der Wahlkampf von einigen ihrer Bewerber wurde von linksliberalen Plattformen begleitet. Daneben macht sich auch die Rechte Hoffnungen. Aus ihrer Sicht vielversprechende Kandidaten erhielten auch finanzielle Zuwendungen. So Santo Reinao Millahual, der eine meldepflichtige Spende von Juan Sutil erhalten hat. Der Unternehmer Sutil ist vorsitzender des Verbands für Produktion und Handel (CPC).¹⁰

Die Verluste der Rechten

In den agrarisch und touristisch geprägten Regionen wurde ihr massiver Stimmenrückgang durch die äußeren Umstände aufgefangen. Doch in den drei dicht besiedelten Regionen und den Minengebieten hat das nicht mehr funktioniert. So entfallen 21 von landesweit 35 verlorenen Mandate auf die Stimmbezirke in Concepción, Valparaíso und der Hauptstadt. Der Rest geht auf das Konto der herabgesetzten Zahl der zu

6. https://de.wikipedia.org/wiki/Liberale_Internationale#Vollmitglieder

7. <https://www.eldesconcierto.cl/reportajes/2021/05/25/datos-el-perfil-de-las-comunas-de-lar-m-que-apostaron-por-las-listas-de-independientes.html>

8. <https://www.eldesconcierto.cl/opinion/2020/11/08/dos-plebiscitos-dos-caminos.html>

9. <https://www.theclinic.cl/2021/05/11/adolfo-millabur-nuestro-llamado-es-mapuche-vota-por-mapuche/>

10. <https://www.elmostrador.cl/destacado/2021/05/14/rene-cortazar-y-los-padrinos-del-partido-del-orden-que-buscan-un-lugar-en-la-convencion-constitucional/>

vergebenden Sitze sowie der Verluste in den Bergbaugebieten. So konnte in Atacama bei der letzten Parlamentswahl auch die Rechte ein Mandat gewinnen, nun ging sie leer aus.

Das elektorale Erdbeben hinterließ auch in den inzwischen berühmten Kommunen im Osten der Hauptstadt seine Spuren. Dort wohnen die Profiteure der neoliberalen Politik. Einige von ihnen findet man im Stimmkreis 11, der ist eine rechte Hochburg. Hier konnte sie bei der letzten Parlamentswahl fünf von sechs Sitzen einsammeln. Dazu waren 237.460 Stimmen notwendig, was ein Ergebnis von 63% bedeutete.

Nun konnten sie nur noch 167.670 Wähler von sich überzeugen. Das entspricht einem Stimmenanteil von 43,6% und hatte den Verlust eines Mandats zur Folge. Dieses Beispiel zeigt, dass die Rechte selbst in ihrer Herzkammer einen Verlust von 30% verkraften musste. Im ganzen Land ist das noch viel dramatischer. Da lauten die Vergleichszahlen 2.321.340 zu 1.174.502 Stimmen, ein Rückgang um fast 50%.

Diese Einbußen haben den elektoralen Schutzwall um die Stellungen der Rechten zusammenbrechen lassen. Deshalb hat sie ihr Wahlziel verfehlt, das ist für sie eine historische Niederlage. Die Zukunft Chiles bleibt damit weiterhin offen.

Das ist passiert, obwohl die Opposition nichts dafür getan hat. Mit ihren zahllosen Listen arbeitete sie mehr an der Stärkung der rechten Verteidigungsanlage als an ihrer Schleifung. Niemand hatte mit diesem Ergebnis gerechnet. Damit ist die Wahl der Constituyentes der zweite Schritt der aktuellen bürgerlichen Revolution in Chile.

Was sind die Gründe für den Absturz der Rechten? Da werden zwei Gründe genannt. Der Umgang der Regierung mit der sozialen Explosion und ihre Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie. Wie dem Autor aus Chile berichtet wird, haben viele Menschen der Regierung scheinbar noch lange Zeit zugestanden, die Probleme lösen zu wollen. Doch dieses Restvertrauen hat sie mit ihrer gewalttätigen Reaktion auf die Demonstrationen wie auch mit dem Unvermögen, die sozialen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen, verspielt.

Diese Einschätzung wird von den Meinungsforschern gestützt. Schon die Untersuchung von cadem hatte herausgefunden, dass eine knappe Mehrheit der rechten Basis die Gründe für den Protest in sozialer Unzufriedenheit sieht und nicht in einer allgemeinen Gewaltbereitschaft.

Wie man hört, beteiligten sich auch Wähler rechter Parteien an den Demonstrationen im Oktober 2019. Dort erlebten sie die gewalttätigen Angriffe der Polizei auf friedliche Menschen. Was ist ihre Reaktion darauf? Sie teilen die Anliegen der Protestierenden und sehen mit eigenen Augen die Reaktion der Carabineros. Dadurch laufen sie nicht von heute auf morgen zu einer anderen, bisher als Gegner wahrgenommenen Partei über. Doch sie sind wie alle anderen empört über das nur auf Eigennutz ausgerichtete Verhalten der Berufspolitiker. Es besteht eine große Wahrscheinlichkeit, dass sie in das Lager der Nichtwähler wechseln.

Das wird durch eine Studie¹¹ von Pulso Ciudadano aus dem März 2021 untermauert. Dort geben 51,6% an, zur Wahl gehen zu wollen. Bei den Anhängern der Opposition liegt die Zahl bei über 70%, dagegen konnten sich das nur 51,6% der Rechten vorstellen.

In dieser Untersuchung wurde auch die Zustimmung zur Regierung abgefragt. Danach waren nur noch 10,7% mit deren Politik einverstanden. Im November 2019, während der Hochzeit der Massenbewegung, lag dieser Wert mit 4,6% zwar noch tiefer, er hatte sich im September 2020 mit 24% aber wieder erholt.

Hier kommt das Missmanagement im Kampf gegen die Pandemie zum Ausdruck. Im September 2020 waren fast 20% der Ansicht, dass sich Chile in Sachen Corona auf einem guten Weg befindet. Nur 36% der Interviewten sahen eine Tendenz zur Verschlechterung. Im März dieses Jahres war dieser Wert auf 50% gestiegen. Nur noch 13% sahen das Land auf einem guten Weg.

Diese Zahlen lassen, über den Daumen gepeilt, folgenden Schluss zu. Die 10% der Chilenen, die der Regierungspolitik noch etwas Positives

abgewinnen können, sind gleichzeitig die 50% der rechten Basis, die noch wählen geht. Da die Wahlbeteiligung bei unter 50% liegt, werden daraus die 20,56%, die *Vamos por Chile* landesweit erhalten hat.

Mit Beginn der Lockdowns befürchteten viele, dass die gerade erwachte Bewegung ein Opfer von Corona werden könnte. Schließlich erhielt die Regierung damit die Chance, Zeit zu gewinnen. Mit einer guten Strategie gegen die Pandemie hätte sie verlorenes Vertrauen zurückgewinnen können. Doch dazu war sie nicht in der Lage. Die Epidemie hat ihr den Rest gegeben.

Hier kommt einem eine Erklärung Lenins in den Sinn, die gerne in folgendem Satz zusammengefasst wird: *„Eine revolutionäre Situation gibt es dann, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen.“*¹² In Chile können wir das gerade im Rahmen des Übergangs von einer gefesselten zu einer, wenn der Prozess einen positiven Abschluss findet, voll entfalteten bürgerlichen Demokratie erleben.

Warum „die oben nicht mehr können“

Die Formulierung *„wenn die oben nicht mehr können“* trifft es sehr gut. Die chilenische Bourgeoisie ist sicher nicht unfähig. Das hat man in den Jahren nach dem Staatsstreich von 1973 beobachten können. Sie hat die darin liegenden Möglichkeiten hervorragend genutzt. Doch jetzt hat sie sich anscheinend im Netz ihres eigenen Erfolges verheddert.

Zum Ausgleich der Verdienstausfälle wegen der Lockdowns gab es mehrere Gesetzesprojekte zur Auszahlung von jeweils 10% der Einlage aus dem Konto der privaten Rentenversicherung. Das dritte derartige Gesetz wollte Piñera mit Hilfe des Verfassungsgerichts zu Fall bringen.

Das hat er nicht freiwillig getan. Schließlich unterstützt auch eine deutliche Mehrheit der rechten Basis diese Möglichkeit. Ihm sitzen aber internationale Anleger im Nacken. Wie man lesen kann, betrachtet der

11. https://chile.activasite.com/wp-content/uploads/2021/03/Pulso_Ciudadano_Marzo_Q1.pdf

12. Dieser Satz fasst einen Absatz aus *„Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“* zusammen. Er findet sich in LW, Band 31, S. 71

Zusammenschluss der US-amerikanischen Versicherungsgesellschaften diese Gesetze als „*illegale Enteignung*“¹³. Die Gruppe Ohio hat deshalb die Schiedsgerichte angerufen, die im Freihandelsvertrag zwischen Chile und den USA vorgesehen sind. Sie denkt auch darüber nach, vor internationale Gerichte zu ziehen.

Der Antrag des Präsidenten vor dem Verfassungsgericht führte im April zu gewalttätigen Ausschreitungen¹⁴. Diese sind nur die Spitze des Eisbergs der sozialen Spannung im Land. Die Lage beruhigte sich erst, als das Gericht den Wunsch Piñeras zurückwies. Das hat aber wohl nicht wenige Rechte zusätzlich gegen ihre politischen Vertreter aufgebracht.

Hier rächt sich für die Bourgeoisie die Art und Weise ihrer aktuellen Herrschaftssicherung. Das neoliberale Prinzip sieht vor, dass die demokratischen Systeme der einzelnen Länder durch internationale Verträge ausgehebelt werden können. Diese schaffen den Sachzwang, damit die einzelnen Länder nur noch nach wirtschaftsliberalen Grundsätzen zu regieren sind. Jetzt hat dieser Sachzwang den Handlungsspielraum der chilenischen Bourgeoisie zu sehr eingeschränkt. Sie konnte nicht mehr die sozialen Zugeständnisse machen, die zur Aufrechterhaltung ihrer Dominanz notwendig gewesen wären.

Der Untergang der Christdemokraten

Hat die Rechte ihr strategisches Ziel verfehlt, so ist die Christdemokratie bei der Wahl der Constituyentes regelrecht untergegangen. Nur der Parteivorsitzende und ein Unabhängiger auf ihrem Ticket konnten ein Mandat erlangen. Bei den Kommunal- und Regionalwahlen des gleichen Tages ist es ihnen mit ca. 700.000 Stimmen etwas besser er-

gangen. Trotzdem spricht der ihnen nahestehende Politikwissenschaftler Carlos Huneeus vom „*Zusammenbruch der PDC als Organisation*“¹⁵. Er befürchtet das langsame Verschwinden der Christdemokraten aus der chilenischen Politik.

Ein Teil seines Textes beschäftigt sich auch mit dem Verhältnis der PDC zur Unidad Popular während der Regierung Allende. Er wirft der Linken insgesamt vor, nicht zur Zusammenarbeit mit der PDC bereit gewesen zu sein. In Bezug auf den linksradikalen Teil der damaligen Sozialisten hat er Recht. Trotzdem betreibt er damit christdemokratische Geschichtsklitterung reinsten Wassers.

In seinem Text fehlt der Umstand, dass in Chile immer dann etwas für die breite Masse der Bevölkerung erreicht worden ist, wenn alle Kräfte von der PDC, bzw. deren Vorläufer, bis zur KP am gleichen Strang gezogen haben. Das änderte sich aber mit der Entwicklung der PDC zur dominierenden Partei der Mitte.

Die PDC entstand auf Basis der zwei Sozialenzyklen der katholischen Kirche. Dort nehmen die Kommunisten die Rolle des Antichristen ein, mit dem sich eine Zusammenarbeit verbietet. Bis zur Bildung der Nueva Mayoría hat sich die PDC an dieses Verbot gehalten. Erst 2013 kandidierte sie erstmals zusammen mit Kommunisten auf einer Liste. Das führte zu internen Spannungen und vor der nächsten Wahl verließ sie das Bündnis.

Die Probleme der PDC sind das Ergebnis dieses Hin und Her in Bezug auf das Bündnis der Mitte. Vor vier Jahren setzte sie auf eine Eigenkandidatur und handelte sich damit eine deutliche Niederlage ein. Nun war sie wieder auf der Liste der Parteien der Mitte zu finden.

Ein Verschwinden der Christdemokraten aus der Politik kann man

sich eigentlich nicht vorstellen. Doch das wäre eine positive Entwicklung. Ihre Anhängerschaft wird damit sicher nicht zur Linken übergehen, aber ihre neue politische Vertretung wird keinen so ideologisch begründeten Antikommunismus mehr vertreten wie die PDC.

Der Erfolg der Unabhängigen

Die großen Gewinner der Wahl sind Unabhängige jedweder Art. Auf der Seite der Wahlbehörde finden sich Dutzende Listen und Einzelbewerber. Doch manche dieser Listen sind nicht so unabhängig, wie es auf den ersten Blick erscheint. Sie haben landesweite Strukturen gebildet und werden in der CC Fraktionen bilden.

Am bekanntesten ist die Lista del Pueblo (Liste des Volkes). Sie hat 24 Sitze und vertritt damit 16,1% der Wähler.¹⁶ Laut Wikipedia¹⁷ vertritt sie einen bunten Strauß linksliberaler und linker Positionen. Dagegen wird ihr Standort im politischen Gefüge mit links bis linksextrem angegeben.

Ein weiterer unabhängiger Zusammenschluss sind die Independientes No Neutrales (Unabhängig aber nicht neutral). Sie firmieren manchmal auch unter Nueva Constitución, da sie mit der Losung „*Für eine neue Verfassung für Chile*“ in den Wahlkampf gezogen sind.

Bei diesem Block verzichtet Wikipedia auf eine politische Einordnung. Betrachtet man die gewählten Vertreter, kommt einem dieser Zusammenschluss wie eine Gründung aus dem Lager der Mitte vor. Daher sehen sie auch große Unterschiede zur Lista del Pueblo. Ihr vorrangiges Ziel scheint gewesen zu sein, Menschen ohne parteipolitische Vergangenheit in die CC zu entsenden. Diese Independientes No Neutrales haben 8,5%¹⁸ der Wähler hinter sich versammelt, was ihnen elf Sitze beschert hat.

Diese zwei unabhängigen Listen sind eigentlich nur parteiunabhängig. Bei ihnen stellt sich die Frage, ob da gerade neue Parteien entstehen. Bei der Lista del Pueblo spricht viel dafür. Ihr Sprecher hat schon angekündigt, dass sie bei den Wahlen im Oktober antreten wollen.¹⁹

Zu diesen Unabhängigen, deren Bindungen man mehr oder weniger kennt, gesellen sich in der CC weitere 13 Mitglieder, die aus

13. <https://www.elmostrador.cl/destacado/2021/05/18/sanhattan-y-el-dia-despues-del-voto-la-suma-de-todos-sus-miedos/>

14. <https://www.elmostrador.cl/dia/2021/04/23/siguen-los-cacerolazos-y-barricadas-cuartanoche-de-manifestaciones-ante-requerimiento-al-tc-por-tercer-retiro/>

15. <https://www.elmostrador.cl/destacado/2021/05/25/el-desplome-del-pdc-como-organizacion/>

16. <https://www.latercera.com/politica/noticia/diez-claves-para-entender-el-balance-de-fuerzas-de-la-convencion/NSUCSMOQOZD4JCPBCLWZHV5WUI/>

17. https://es.wikipedia.org/wiki/La_Lista_del_Pueblo

18. <https://www.latercera.com/politica/noticia/diez-claves-para-entender-el-balance-de-fuerzas-de-la-convencion/NSUCSMOQOZD4JCPBCLWZHV5WUI/>

19. <https://www.eldesconcierto.cl/reportajes/2021/05/20/rafael-montecinos-fundador-y-vocero-de-la-lista-del-pueblo-no-llegaremos-a-ningun-tipo-de-primaria-con-jadue-y-boric.html>

unabhängigen Listen oder als Einzelbewerber den Sprung in die CC geschafft haben. Sie vertreten 15,5% der Wähler.

Die Kräfteverhältnisse in der Verfassungsgebenden Versammlung

Die Sitzverteilung der einzelnen Fraktionen sieht in dem 155 Sitze

ausbilden werden. Welchem Lager schließen sich die Einzelvertreter an? Bleiben die parteilosen Constituyentes, die aber mit Hilfe einer Partei zu ihrem Sitz gekommen sind, im jeweiligen Orbit?

Die Sperrminorität liegt bei 52 Mandaten. Davon ist jede Fraktion weit entfernt. Das zwingt alle, im Guten wie im Schlechten, zu Kompromissen. Im Gesetz ist festgelegt,

miem mit aller Wucht aufeinanderprallen. Dazwischen die Rechte, die jede Möglichkeit zur Obstruktion nutzen wird.

Dazu kommt die militärische Frage. Der revolutionäre Prozess ist bisher nur wegen der Neutralität der Streitkräfte nicht beendet worden. Wird das so bleiben? In einer Verfassung werden auch Festlegungen zur Rolle der Armee getroffen. Ist dem



zählenden Gremium wie folgt aus: Die Rechte verfügt über 37, die Parteien der Mitte über 25 und die Linke 28 Mandate. Damit stellen die Parteien eindeutig die Mehrheit der Delegierten.

Deutlich kleiner ist das Lager der Unabhängigen. Dieser Teil wird von der Lista del Pueblo mit 24 Vertretern angeführt, gefolgt von der Gruppe der Ureinwohner mit 17 Sitzen. Danach kommen erst die Independientes No Neutrales, die elf Köpfe zählen. Mit 13 Delegierten ist die Gruppe der nicht organisierten Unabhängigen etwas größer.

Man muss abwarten, wie sich letztlich die Fraktionsgrößen her-

dass der Versammlung ein Zeitraum von neun Monaten für ihre Arbeit zur Verfügung steht. Braucht sie mehr Zeit, kann sie um drei Monate verlängern. Kommt das Gremium in diesen zwölf Monaten zu keinem von einer 2/3-Mehrheit getragenen Ergebnis, wird das Projekt erfolglos abgebrochen.

In Chile geht man davon aus, dass es in der Versammlung zwar zu harten Auseinandersetzungen kommen wird, sich die Akteure am Ende aber einigen werden. Es fällt schwer, diesen Optimismus zu teilen. Alle Differenzen, die zu der großen Zahl an oppositionellen Listen geführt haben, werden in dem Gre-

linken Flügel der CC bewusst, dass das eine sehr delicate Angelegenheit ist? Gehen die Kontrollrechte der Gesellschaft über diese Institution aus der Sicht der Militärs zu weit, kann sie das zurück ins Lager der Herrschenden treiben, mit fatalen Konsequenzen.

Für das Fortschreiten des revolutionären Prozesses muss man auf weitere Überraschungen hoffen. Eine Rolle könnte dabei die Bevölkerung spielen. So wie der Gang Piñeras vor das Verfassungsgericht eine Reaktion der Straße provozierte, kann etwas Vergleichbares auch der Verfassungsgebenden Versammlung blühen.

Emil Berger

Kurzer Abriss „unbedenklicher“ staatlicher Eingriffe in den Flugverkehr

Unter der Überschrift „*Minsk macht's nach*“ war am 28.5.2021 in der *uz* zu lesen:

„... dass sich höchstens Minsk ein Beispiel genommen hat. 2013 wurde das Flugzeug des bolivianischen Präsidenten Evo Morales gezwungen in Wien zu landen, weil die US-Geheimdienste Edward Snowden an Bord vermuteten, 2004 zwangen die USA das Flugzeug des ehemaligen russischen Finanzmi-

nisters Andreij Wawilow zur Landung in Palm Beach. 2012 zwangen türkische Kampffjets eine Passagiermaschine auf dem Weg von Moskau nach Damaskus zur Landung in Ankara. 2016 zwang die Ukraine ein Flugzeug der belorussischen Fluglinie „Belavia“ zur Umkehr nach Kiew. Ziel war die Verhaftung des Journalisten und Anti-Maidan-Aktivisten Armen Martirosyan. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.“

Deutschen Medien bedachten diese Form von „Staatsterrorismus“ mit dezentem Wegsehen. Sanktionen gegen die Ukraine wurden ebenso wenig in Erwähnung gezogen wie gegen die USA wg. des Morales Vorfalls. Hier zeigt sich mal wieder, wie von den Medien mit zweierlei Maß gemessen wird.

Neue Nahost-Eskalation

Netanjahus No-go-Strategie



Nach einem israelischen Luftangriff in Gaza.

Das neuerliche heftige Auf-
flackern des israelisch-
palästinensischen Dau-
erkonflikts hatte wesentlich aktuelle
innenpolitische Ursachen. Diese stel-
len sich vor dem Hintergrund einer
teils neuen Lage von Diplomatie und
Bündnis für Israel dar. Seit mehr als
zwei Jahren wird das Land zudem
von einer Regierungskrise bestimmt.
Die USA als politisch-wirtschaftlich-
militärischer Hauptverbündeter Isra-
els stellen sich unter Präsident Biden
nicht mehr wie noch zu Zeiten von
Donald Trumps Chaos-Außenpoli-
tik bedingungslos auf die Seite Isra-
els. Die USA übten in der zweiten
Woche der Auseinandersetzungen
massiven Druck auf Israel aus, das
Schießen und Bomben zu beenden.
Der ägyptische Präsident Al-Sisi
nutzte bestehende Kontakte seiner
Vermittler zur Hamas, diese zur Zu-
stimmung zu einer Waffenruhe zu
bewegen. Zur Verschiebung der Kräf-
teverhältnisse trägt auch bei, dass es
offenbar auf diplomatischer Ebene
zu ersten Gesprächen zwischen den
Erzfeinden Iran, mutmaßlicher His-
bollah- und Hamas-Unterstützer,
und Saudi-Arabien, das sich Israel
annähert, gekommen ist. Die Türkei,
die sich hinter Hamas stellt, zieht in
ihrem Regionalmacht-Streben mehr
oder weniger Nutzen aus dem Kon-
flikt zwischen Hamas und Israel im
Gazastreifen. Präsident Erdoğan

scheint jedes Mittel recht, im regiona-
len Tauziehen Israels Machtposition
zu schwächen. Die gemäßigte Fatah
von Palästinenser-Präsident Mah-
mud Abbas verzeichnet einen läh-
menden Machtverlust. Seit 15 Jahren
verspricht er, Wahlen im Westjordan-
land abzuhalten, die er immer wieder
hinausschob, aktuell aus Furcht, sie
zugunsten eines wachsenden Ein-
flusses von Hamas zu verlieren. Ein
provoziertes militärisches Vorgehen
gegen die palästinensische Seite konn-
te Netanjahu nur wenige Tage nach
Beginn von Koalitionssondierungen
für eine Regierung ohne ihn sogar
willkommen gewesen sein, um sei-
ne angekratzte Position als „starker
Mann“ wieder mehr zu festigen. Nach
Trump verheerendem Nahost-Plan
aus dem Jahr 2020 einseitig zu Isra-
els Gunsten, den die palästinensische
Seite rundum nur einhellig ablehnen
konnte, war es nur eine Frage der Zeit,
bis die Gärung bei entsprechendem
Anlass wieder hochschäumen würde.

Die Situation in Ost-Jerusalem und der Westbank

Man nehme nur einmal die Lage
in Ost-Jerusalem oder in Palästinen-
ser-Städten wie Hebron südlich von
Jerusalem in der von Israel besetzt ge-
haltenen Westbank, wo es vor Ort gut
800 jüdische Siedler_innen gibt. Mit-
ten durch Ost-Jerusalem verläuft eine

hässliche 7 Meter hohe Betonmau-
er; der Ort ist Sitz des muslimischen
Tempelbergs mit Felsendom und Al-
Aksa-Moschee sowie der jüdischen
Klagemauer. Unmittelbarer könnten
die religiösen Gegensätze nicht auf-
einanderprallen. Ost-Jerusalem kann
mit seinen 250.000 palästinensischen
Bewohner_innen nicht den jüdischen
Israelis allein gehören, der Stadtteil
müsste endlich offene Stadt werden
unter UN-Protektion. Man baute pro-
vokativ eine moderne Straßenbahn für
die israelischen Siedler und Bewohner.
So kommen nicht nur bis zu 20.000 Be-
sucher in den Stadtteil pro Monat wie
früher, sondern inzwischen täglich. In
Ost-Jerusalem liegt auch das palästi-
nensische Flüchtlingslager Shu'fat,
wo tausende Gestrandete und Ver-
triebene in dürrtigen Unterkünften
hausen, Hunger und Not herrschen.
Aus „Sicherheitsgründen“ wird paläs-
tinensisches Terrain geräumt und den
Besitzern der Zugang verwehrt, wenn
sie dort Felder anlegen wollen. Der
Müll wird in den Palästinenservierteln
von der israelischen Stadtverwaltung
nicht mehr abtransportiert. In Hebron
ist der Gegensatz Siedler – Einheimi-
sche besonders drastisch zu spüren.
Palästinensische Hausbesitzer decken
ihre Balkone durch Gitterkäfige ab,
um sich gegen Steinwürfe israelischer
Militant-Religiöser zu schützen. Der
arabische Basar und die zentralen Ein-
kaufsstraßen sind wegen „Anschlags-

gefahr“ geschlossen, was vor allem die vielen Kleinhändler empfindlich trifft und verbittert. Schikanen und Behinderung durch israelische Polizei und Militär und Willkür-Kontrollen sind alltäglich. Das Westjordanland ist ein in verschiedene Kontrollzonen eingeteilter Flickenteppich, was bei Unruhen Israels Armee schnell Grund zum Eingreifen gibt und die palästinensische Bevölkerung voneinander separiert.

Der Gazastreifen – ein Gefängnis

Der autonome Gaza-Streifen ist zwar rein palästinensisch kontrolliert, aber dort leben auf einer Fläche von ca. 9 Kilometern durchschnittlicher Breite und etwa 40 km Länge über 2 Millionen Menschen, darunter viele Geflüchtete und Vertriebene, zusammengepfercht wie in einem riesigen Freiluft-Gefängnis, von zwei Land-Seiten kontrolliert durch israelische Armee-Checkpoints ohne sicheren Korridor zur Westbank und von See-seite blockiert durch Israels Marine. Soziale, medizinische und hygienische Not ist durch Enge, Wohnraum- und Wassermangel programmiert, vor allem, wenn wie jetzt Häuser wieder gezielt durch Bombardements und Granat-Beschuss durch die israelische Armee systematisch zerstört wurden. An Gaza und Westbank wird deutlich, was den sozialen und ideologischen Nährboden für den schwelenden Konflikt abgibt. Faktisch lebt die palästinensische Bevölkerung unter mehreren zersplitternden Realitäten: der im Gaza, in Ost-Jerusalem, in der Westbank und im Jordantal, wo es keine gemischte israelisch-palästinensische, sondern nur eine israelische Verwaltung gibt. Ägypten setzte nach Verkünden der Waffenruhe einen ersten Konvoi von 130 Lastwagen in Marsch mit medizinischen Hilfs- und anderen Versorgungsgütern für den Gaza. Die USA sicherten ebenfalls humanitäre Hilfe für die Bevölkerung im Gazastreifen zu.

Innenpolitische Lage und schwierige Regierungsbildung

Im Kernland ist die politische Situation seit längerem heillos festgefahren. Nach der vierten Parlamentswahl binnen zwei Jahren am 23. März dieses

Jahres, hatte erneut kein Block eine klare Regierungsmehrheit erringen können. Es gilt eine 3,5 Prozenthürde für den Einzug in den Knesset, Israels Parlament. Premier Benjamin Netanjahu, selbst korruptionsbelastet, steht erstmals seit 2009 vor der Ablösung. Er hatte auch schon von 1996 bis 1999 das Amt des Premiers inne. Es gelang ihm nicht, trotz seines eher überraschenden Wahlsiegs mit 30 errungenen Sitzen bei einigen Sitzen Einbuße für den Likud, der wohl eher dem Erfolg des Landes bei der Corona-Bekämpfung geschuldet sein dürfte, eine Mehrheit von 61 der 120 Parlaments-Sitze für ein Regierungsbündnis zusammenzubekommen. Staatspräsident Reuven Rivlin beauftragte daraufhin am 5. Mai den Oppositionsführer der mit 17 Mandaten zweitstärksten Zukunftspartei Jesch Atid des liberalen Politikers Jair Lapid mit einer Regierungsneubildung, deren Frist für eine Einigung am Mittwoch (2. Juni) um Mitternacht ablief. Jesch Atid ist als stärkste Gruppierung aus dem Blau-Weiß-Zweckbündnis Kachol Lavan der Wahl von 2020 übrig geblieben, das dann bis zum Krach mit dem Likud koalierte. Das Rumpfbündnis Kachol Lavan von Benny Gantz ist unter diesem Namen wieder zur Wahl angetreten und konnte 8 Parlamentssitze erringen. Der TV-Journalist Lapid zimmerte ein möglichst breites nationales Bündnis von rechten, liberalen und linken Juden mit arabisch-islamischen Vertretern. Diesem gehören neben Kachol Lavan auch die insgesamt geschwächte Linke aus Awo-da (zionistische Arbeitspartei) und Meretz („Tatkraft“) mit zusammen 13 Sitzen sowie die religiös-rechtsnationalistische Jamina-Partei (7 Sitze) des früheren Verteidigungsministers unter Netanjahu und Befürworters der Siedlungsbewegung, Naftali Bennett, an, zweifellos ein politischer Spagat. Nicht beteiligt sind die Jüdisch-Orthodoxen, zionistischen Ultra-Rechten und die extreme Siedlerpartei, also das ganz rechte Spektrum. Es passt zur Umbruchsituation, dass gerade der 60-jährige Politiker Itzhak Herzog als Mitte-Links-Kandidat vom israelischen Parlament mit 87 zu 26 Stimmen zum neuen Staatspräsidenten gewählt wurde, der am 9. Juli sein Amt antreten soll. Der Sohn des früheren Staatspräsidenten, Chaim Herzog, führte ab 2013 einige Jahre die Arbeitspartei,

die seit Januar 2021 mit der 55-jährigen Journalistin Merav Michaeli eine weibliche Vorsitzende hat.

Ergänzt wird das Bündnis durch die konservativ-säkulare Neue Hoffnung-Partei von Gideon Saar mit 6 Sitzen und die rechtsnationale Partei Unser Heim Israel (Jisra'el Beitenau) von Avigdor Lieberman, die 7 Sitze mitbringt und sich auf Wladimir Jabotinsky beruft. Der einstige Gründer der militanten revisionistisch-zionistischen Bewegung, der ursprünglich auch die Cherut von Menachim Begin und der Likud entstammen, prägte den Spruch von der „Eisernen Mauer aus jüdischen Bajonetten“. Rechnerisch kommt das fragile Bündnis so auf 62 Stimmen. Der kleinen Ra'am-Partei (Vereinigte Arabische Liste) von Mansur Abbas mit lediglich 4 Sitzen fällt die Rolle eines Züngleins an der Waage zu. Sie hatte zunächst zugesichert, eine Minderheitsregierung unter Lapid/Bennett, die als Premier und im Außenamt nach zwei Jahren rotieren wollen, ohne eigene Beteiligung zu tolerieren, hat sich dann aber entschlossen, die Koalition Lapid's aktiv mitzutragen. Ra'am verspricht sich davon jenseits ideologischer Identität mehr pragmatischen Spielraum z. B. durch mehr Geld für Bildung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, infrastrukturelle und sicherheitspolizeiliche Verbesserungen für die wachsende Gemeinde von mehr als 20 Prozent israelischer Staatsbürger, die palästinensische Araber_innen sind und ihr Recht auf mehr politische Beteiligung einfordern. Seit Ende der 1980er Jahre bilden sich in Israel selbstständige arabische Parteien. Zwei offene Fragen stellen sich allerdings, nämlich wie es die israelische Bevölkerung aufnimmt, wenn künftig das Wohl und Wehe von Israels Regierung von einer arabisch geführten Partei abhängt; zum Zweiten ist die Rolle der beiden israelischen Linksparteien unklar, außer dafür zu sorgen, dass der Rechtsdrall des neuen Bündnisses nicht zu drastisch ins Gewicht fällt. Im Bündnis der Acht liegen die einzelnen Programmatiken etwa zu Wirtschaft, Bildung und Verteidigung weit auseinander. Das kann nur bedeuten, dass grundsätzliche Differenzen in der Siedlungs- und Besatzungspolitik sowie weitere strittige Punkte in einer Koalitionsvereinbarung weitgehend ausgespart bleiben. So wollen etwa Lapid, Bennett und

Liebermann in einer starken Dreiergruppe den Status quo in der besetzten Westbank nicht antasten, während die beiden sozialdemo-kratischen Parteien Meretz und Awoda den völligen bzw. teilweisen Rückzug Israels daraus um bis zu 60 Prozent fordern. Die rechte Jamina Bennetts sicherte sich außerdem das Innenressort.

Das zusammen genommen beinhaltet brisanten potenziellen Sprengstoff und trägt bereits den Keim des Scheiterns in sich. Das einzige, was diese ungewisse Mehrparteien-Koalition zu einen scheint, ist das Ziel, den Konkurrenten Netanjahu loszuwerden. Bennett als bei diesem Machtkampf treibende Kraft, war einst dessen rechte Hand und Netanjahu sein Mentor. Er kam als Unternehmer eines Internet-Start-ups, das er verkaufte, zu beträchtlichem Millionen-Vermögen. Der Hardliner in Siedlungsfragen (er will die „C-Zone“, d. h. 60 % der Westbank, annektieren) und ehemalige Offizier eines Spezialkommandos (Wahlspruch: Terroristen töten, nicht freilassen) war Netanjahus Stabschef und gehörte in fünf verschiedenen Ministerämtern dessen Kabinetten an, bis sich die beiden zerstritten und der 49-Jährige seither eigene Wege geht. Bennett, der der kommende Mann in der israelischen Politik sein könnte, vertritt gegenüber dem Iran eine harte unnachgiebige Linie. Zunächst muss Lapid nun binnen sieben Tagen sein Kabinett bilden und muss dann die neue Regierung im Parlament bestätigen und vereidigt werden.

Netanjahu ist aber noch nicht völlig aus dem Spiel. Er wird alles daran setzen, die neue Regierung mit nur einer hauchdünnen Mehrheit von Beginn an zu untergraben und twitterte am Donnerstag (3. Juni) nach Art von Donald Trump einen entsprechenden Aufruf zum Widerstand an Abgeordnete der Koalition. Er schrieb wörtlich: „Jeder Knesset-Abgeordnete, der mit den rechten Stimmen gewählt wurde, muss sich der gefährlichen linken Regierung widersetzen ... Bennett hat den Negev (die Wüste im Süden Israels, wo viele arabische Beduinen leben, d. Verf.) an Ra'am verkauft“. Der Versuch, den Parlamentspräsidenten Jariv Levin vorzeitig abzulösen, um Bestrebungen des Lagers um Netanjahu, das geplante Bündnis noch zu verhindern, entgegenzuwirken, schlug fehl, weil sich ein unsicheres Mitglied der sieben

Jamina-Abgeordneten dagegen aussprach. Die erste Bewährungsprobe quasi schon misslungen. Für diesen Donnerstag (10.6.), dem Tag der vorgesehenen Vereidigung einer neuen Regierung, planen nationalistische Israelis in der Jerusalemer Altstadt einen Flaggenmarsch – auch durch das muslimische Viertel. Eine Provokation. Abdullah Siam, Vizegouverneur Jerusalems von der palästinensischen Autonomiebehörde, warnte vor einer „Explosion“ in der Stadt. Ram Ben Barak von der Zukunftspartei kommentierte, der Marsch wolle Spannungen entfachen und so die Vereidigung der neuen Regierung vereiteln. Das Szenario erinnert gefährlich an den 6. Januar 2021, als in Washington/USA ein vom abgewählten Ex-Präsidenten Trump angestachelter rechter Mob sich anschickte, mit Gewalt das Kapitol zu erstürmen und zu besetzen. Es bleibt eine schmale Gratwanderung mit offensichtlich unwägbaren Momenten und Schwachstellen und dürfte kaum verwundern, wenn es schon binnen eines Jahres oder noch kürzer, wie nicht wenige im Land befürchten, zu einem nächsten Koalitionsbruch und zum fünften Mal zu neuen Wahlen käme.

Was den neuen Waffengang auslöste

Es war neben einem Streit um den Zugang zum Platz an der Al-Aksa-Moschee, drittichtigstes islamisches Heiligtum nach Mekka und Medina, zum Ende des Fasten-monats Ramadan, die Ankündigung der Enteignung und Räumung von arabischen Häusern und Familien in Ost-Jerusalem, die eine wütende palästinensische Reaktion nach sich zogen. Das wiederum lieferte der Hamas den Anlass, neue Raketenangriffe auf israelisches Gebiet und die Städte Ashkelon, Tel Aviv-Jaffa und ihre Umgebung zu starten. Die Lunte war damit erneut entfacht an ein schwelendes Pulverfass mit rasch eskalierenden Schritten und explosiven Gewalt-Eruptionen Marke Goliath gegen David. Bei Straßenkämpfen in Ost-Jerusalem und anderen Städten sah man junge Palästinenser die Steinschleudern gegen martialische Phalanx der israelischen Armee und Polizei schwingen. Das israelische Militär mobilisierte seit Beginn der Auseinandersetzungen am 10. Mai rund 9.000 Reservist_in-

nen und verlegte schwere Einheiten von Panzerhaubitzen an die Grenze zum Gazastreifen, die aus ihren Stellungen Ziele im Gaza beschossen, was einer zusätzlichen Provokation und Demütigung gleichkam. Als Vergeltung für Hamas-Angriffe mit selbst entwickelten Boden-Boden-Raketen der Bauart „Kassam“ in massierten Salven auf Ziele in Israel, bombardierte die israelische Luftwaffe wie sie sagte logistische Ziele der Hamas und machte Jagd auf Hamas-Funktionäre und -Kommandeure. Die Mär von der „chirurgischen“ Kriegsführung mit den unvermeidlichen zivilen „Kollateralschäden“

Die Hamas rüstet militärisch auf

Die Kassam-Raketen der Baureihen 1 bis 4 sind seit Anfang der 2000er Jahre im Einsatz und solche der mobilen Kurzstreckenart von etwa 6 bis 24 km Reichweite. Sie haben eine Länge von 120 bis 260 cm bei einem Durchmesser von 11,5 bis 17 cm und transportieren 5 bis 15 kg Sprengstoff ins Ziel. Etwas salopp ausgedrückt sind es bessere „Feuerwerks“-Raketen mit gehärteter Stahlummantelung und Feststoff-Antrieb, fliegenden Granaten gleich, dabei relativ zielgenau, die aber aufgrund ihrer starken Sprengladungen bei Einschlägen dennoch beträchtlichen Schaden anrichten können. Vor allem verbreiten sie unter der israelischen Zivilbevölkerung Angst und Schrecken, die zu Tausenden in Luftschutzbunkern Schutz suchte. Zu über 90 Prozent fängt das israelische Anti-Raketen-Raketen-System „Iron Dome“ (eiserne Kuppel) die Kassam-Flugkörper für gewöhnlich ab. Diesmal sollen es nahezu 4.000 Stück gewesen sein, damit war der Verteidigungsschirm gegen ganze Pulks anfliegender Raketen überlastet. Dagegen geht Israels Armee operativ weit zielgenauer und massiver vor wie bei dem Haus des Hamas-Politbüro-Chefs Al-Sinwar und seines Bruders, das am Samstag (16. Mai) beschossen und dem Erdboden gleichgemacht wurde, ohne dass sich einer von beiden darin aufhielt. Trotzdem wurde in Gaza-Stadt ein Presse-Hochhaus getroffen, in dem sich die Büros mehrerer westlicher Medienagenturen wie Associated Press und des arabischen Senders Al-Dschasira sowie private

Wohnungen befanden. Das vielstöckige Gebäude erhielt einen zentralen Treffer und stürzte in wenigen Sekunden komplett ein. Israel nannte als Grund auch darin untergebrachte Hamas-Büros und kündigte den verheerenden Luftschlag zuvor an. Die Verwüstungen, die israelische Bombardements durch Flugzeuge und Panzer-Beschuss an zahlreichen zivilen Gebäuden im Gaza anrichteten, stehen dabei in keinem Verhältnis zu den relativ geringen Zerstörungen auf israelischem Gebiet durch Einschläge von Hamas-Raketen. Das zeigt auch ein Vergleich der Opferzahlen auf beiden Seiten: Etwa 250 Tote und 1.910 teils schwer Verletzte, darunter viele Frauen und Kinder, auf palästinensischer, 12 Tote und ca. 300 Verletzte auf israelischer Seite. Von einer erneuten Invasion im Gaza mit Bodentruppen durch die israelische Armee wie schon 2008/09 und 2014 sah Israel ab und setzte auf seine überlegene Luftwaffe, der palästinensische Kräfte an Abwehr bisher nichts entgegenzusetzen haben.

USA zurückhaltend

US-Präsident Biden und das Weiße Haus hielten sich zunächst noch zurück und sondierten die Lage. In der zweiten Woche erfolgte die US-Initiative für eine Waffenruhe, Biden telefonierte mehrmals mit Netanjahu. US-Außenminister Blinken reiste zu Krisen-Gesprächen nach Nahost, um die Waffenruhe zu festigen. Die Biden-Administration favorisiert ähnlich wie die Europäische Union eine Zwei-Staaten-Lösung, die aber nicht mal mehr von den tief gespaltenen Palästinensern selbst angestrebt und von den radikalen Kräften als „Totgeburt“ angesehen wird, sowie die Aufgabe der aggressiven Siedlungspolitik Israels. Andere wie UN-Generalsekretär Guterres zeigten sich über die neuerliche Ausweitung des Konflikts tief erschüttert, der beide Seiten zur Besonnenheit mahnnte und zu Verhandlungen aufrief, nachdem sich bereits zuvor der UN-Sicherheitsrat zu mehreren Sonder-sitzungen dazu getroffen hatte. UN-Menschenrechts-Experten warfen beiden Seiten kriegsrechtsverletzende, rücksichtslose Handlungen vor. Der Präsident des Nationalrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster,

verurteilte angesichts Tausender militant antiisraelisch Demonstrierender in mehreren deutschen Städten, aber auch in Brüssel und Paris, den bei den Gewalt-Ausschreitungen sichtbar gewordenen antisemitischen Judenhass als unerträglich.

Die Grünen staatstragend

Die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock forderte um Profil bemüht mehr substanzielle Vermittlung durch die deutsche Politik bis hin zum Einsatz von Sonderemissären und beschwor die gängige Politik-Formel von der Sicherheit Israels als Teil deutscher Staatsräson. Solange aber nicht genauso die Sicherheit der palästinensischen Bevölkerung vor israelischer Gewalt- und Militärräson eingefordert und garantiert wird, bleibt solche Verbalsolidarität einseitig und wird der Lage nicht gerecht. Nicht hilfreich war auch das Intervenieren des deutschen SPD-Außenministers Heiko Maas einseitig zugunsten Israels, indem er bei seinem Kurzbesuch in Israel und bei Abbas die Hamas als allein schuldig an der Eskalation anklagte. Die Hamas-Führung verurteilte umgehend seine Einmischung. Deutschland unterstützt Israel militärisch, was juristisch wegen der strengen Rüstungsexportauflagen in Krisengebiete umstritten ist und die EU pumpt seit Jahren Wirtschaftshilfe in Höhe von jährlich etwa 1 Milliarde Euro in die Palästinenser-Gebiete, von der ein nicht unbeträchtlicher Teil in dunklen Kanälen zu versickern scheint. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban, der loyal an Israels und Netanjahus Seite steht, verhinderte bei einer virtuellen Konsultation der EU-Ländervertreter durch sein Veto eine gemeinsame Erklärung europäischer Staaten zur beiderseitigen Eskalation.

Frieden in weiter Ferne

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist, wie die Geschichte genügend zeigt, weder mit Geld noch mit militantem Terror oder übermächtiger Militärgewalt zu lösen, sondern nur auf dem Verhandlungs- und Vertragsweg mit allen direkt Beteiligten. Weniger die westlichen Länder als arabisch-islamische Staaten wie Ägypten, Katar, Bahrain, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien und sogar

Russland mit seinen guten Kontakten zur arabischen Seite könnten künftig dabei als Vermittelnde mehr gefordert sein. Bis 1993 galten die Palästinenser-Führer Arafat und Abbas noch als Terroristen, mit denen man weder redete noch verhandelte. Dasselbe ist heute mit der Hamas der Fall, die von den USA und der EU als Terrororganisation verurteilt, ignoriert, ja indirekt bekämpft und ausgegrenzt wird, was auch den Gewaltkonflikt mitbedingt und anheizt. Man wird nicht darum herum kommen, mit Hamas-Vertretern zu reden und sie als gewählte Gaza-Partei zu Verhandlungen vollberechtigt hinzuzuziehen, wenn man einem Dialog-Frieden näher kommen, der Gewalt wirksam Einhalt gebieten und den extremen Hass auf beiden Seiten austrocknen will. Dringend erforderlich wäre dazu auch eine schrittweise Entflechtung der erwähnten gemischten Verwaltungsstrukturen, die die palästinensische Seite spaltet und Unfrieden sät (und es wohl auch soll). Wirkliche Autonomie heißt Selbst-, nicht Fremdverwaltung und Besatzung. Das alte zionistische Ziel, die palästinensische Seite militärisch überlegen zu kontrollieren und durch deren Spaltung eigene Herrschaft zu sichern, muss aufgegeben werden. Hardliner und aggressive Falken wie Netanjahu sind Anachronisten von gestern und taugen nur zur Drohung mit Waffen und Gewalt, aber nicht für einen konstruktiven und dauerhaften sozialen Zwei-Völker-Frieden, der beidseitige Gerechtigkeit miteinschließt. Das alles aber scheint trotz neuer Konstellation noch immer ein langer Weg und wird wie zu befürchten noch viele Menschenleben kosten.

E. K., HB

Quellen zum Hintergrund:
Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld. Beiträge zur Diskussion. Autonome Nahostgruppe Hamburg; Gruppe Arbeiterpolitik Hamburg. Hamburg, April 1989
Hans Henle: Der neue Nahe Osten. Frankfurt/M. 1972
Jürgen Mümken und Siebert Wolf (Hg.): „Antisemit, das geht nicht unter Menschen“. Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und Israel. Von Proudhon bis zur Staatsgründung (Bd. 1); Von der Staatsgründung bis heute (Bd. 2). Lich/Hessen 2013/14

Die Wahlen im Vereinigten Königreich am 6. Mai

In vielen Teilen Englands fanden Wahlen zu den Bezirks- und Gemeinderäten statt, in großen städtischen Zentren wurden die Bürgermeister gewählt. Außerdem fand eine Nachwahl zum Parlament in Hartlepool statt. Die Parlamente in Schottland und Wales wurden neu gewählt. In Nordirland fanden keine Wahlen statt, obwohl erst kürzlich die rechte Democratic Unionist Party, die zusammen mit Sinn Féin das Land regiert, ihre Vorsitzende Arlene Foster abgelöst hat. Sie wurde abberufen, weil sie nicht energisch genug gegen Homoehe und Abtreibung auftrat. An ihrer Stelle wurde Edwin Poots Parteichef, der daran glaubt, dass die Welt so erschaffen wurde, wie es in der Bibel geschrieben steht.

In England gewannen bei den Kommunalwahlen die Tories 240 Ratssitze und die Kontrolle über 18 Ratsversammlungen, während Labour 8 Grafschaften und über 320 Sitze verlor. Die Green Party gewann 87 Ratssitze dazu. Abgesehen von den Stimmen der Brexit Party, die größtenteils den Tories zufielen, gab es keine wirklichen politischen Veränderungen. Die Tories gewannen hauptsächlich im Norden und in den Midlands hinzu, z.B. in der Grafschaft Durham, einem früheren Kohlenrevier, wo Labour 102 Jahre lang die Mehrheit gehabt hatte.

Bei den Wahlen der Bürgermeister der großen städtischen Zentren wie Liverpool, Greater Manchester, Bristol und London, schnitt Labour wesentlich besser ab: Sie gewannen 11 der 13 neu gewählten Stadtoberhäupter. Diese geben allgemein ein gutes Bild ab und setzen sich sehr für ihre Bevölkerung ein.

Die Nachwahl für den Parlamentsitz in Hartlepool endete mit einer schweren Niederlage für Labour, die sie sich aber selbst zuzuschreiben hat. Labour hatte den Sitz seit 1974 inne, als der Wahlkreis neu geschaffen wurde. Jetzt fiel er an die Tories; die Stimmen für Labour wurden halbiert. Der bisherige Abgeordnete war wegen „nicht angemessenem sexuellen Verhaltens“ zurück-

getreten. Labour stellte einen ehemaligen Abgeordneten als Kandidaten auf, der in einem anderen Wahlkreis 2019 verloren hatte. Anscheinend hatte er 45 mal gegen den Brexit gestimmt; und das in einer Stadt, wo 70 Prozent für diesen waren. 2019 hat die Brexit Party dort über 10.000 Stimmen erhalten.

In Schottland hat sich nicht viel geändert; nur ein paar Sitze wechselten die Farben. Die nationalistische* SNP blieb die stärkste Partei. Die Meinungsumfragen tendieren dazu, immer wieder hin und her zu schwanken: Einmal gibt es eine kleine Mehrheit für die Unabhängigkeitsbefürworter, dann wieder für die Gegner einer solchen. Nur die Green Party hat sich mit der SNP zu diesem Zweck verbündet, alle anderen Parteien lehnen sie ab.

In Wales gewann Labour einen Sitz hinzu, so dass sie jetzt 30 von insgesamt 60 Abgeordneten stellen. Die Partei unter ihrem Führer Mark Drakeford ist in den Augen der Wähler gut mit der Pandemie umgegangen. Nur die nationalistische* Plaid Cymru ist für die Unabhängigkeit, alle anderen Parteien lehnen sie ab.

Ann Widcombe, eine frühere Abgeordnete der Tories und Europaabgeordnete der Brexit Party, schrieb über Hartlepool. Sie weist, von der Auswahl des Kandidaten abgesehen, auf den „Boris-Faktor“ hin. Nicht nur sein „getting Brexit done“ zählt, er ist auch ein „Charakterkopf“, anders als der langweilige Starmer. Alles an ihm ist chaotisch, „von seinen Haaren über sein Privatleben bis zu seinen Finanzen. Er hat eine sehr farbige Ausdrucksweise.“ Oft tritt er in ein Fettnäpfchen und muß sich dann entschuldigen. Dass seine Haare immer so aussehen, als ob er gerade aus dem Bett aufgestanden sei, ist voll beachtenswert. Er gewann viel an Glaubwürdigkeit, weil er schnell große Mengen an Impfstoffen gegen Corona kaufte, noch bevor diese überhaupt zugelassen waren, anstatt zu warten, wie die

EU es machte. Das Impfprogramm kam schnell in Gang und ließ die Regierung gut aussehen. Boris ist ständig in Skandale verwickelt, aber bis jetzt ist er immer ungestraft davongekommen. Er konnte sogar seine Freundin in einer katholischen Kirche heiraten, obwohl er schon zweimal geschieden ist! Die katholische Kirche erklärte, dass er, obwohl er Katholik ist, in protestantischen Kirchen geheiratet hatte – und das zählt für sie nicht.

Fast alle anderen politischen Kommentatoren weisen auf den Brexit-Faktor hin. Der Meinungsumfragen-Guru Sir John Curtis betonte, dass die Tragödie der Labour Party, „den Brexit nicht zu erwähnen“, dazu führte, dass sie für die Wähler in ihren traditionellen Stammländern nicht mehr attraktiv ist; nicht allein für die Austrittsbefürworter. „Wir sehen, dass Labour massiv an Boden verliert, besonders ... und vor allem dort, wo beim Referendum 2016 sehr stark für den Austritt gestimmt wurde.“ Nicht über den Brexit zu sprechen, sondern die Regierung auf anderen Gebieten anzugreifen in der Hoffnung, dass die Austrittsbefürworter zur Partei zurückkehren würden, das hatte nach den Meinungsumfragen aus dem letzten Jahr nicht funktioniert, betonte Curtis.

Der Parteivorsitzende von Labour, Keir Starmer, behauptete, er würde für einen Corbynismus ohne Corbyn eintreten und das radikale Manifest, das für die Wahl 2019 angenommen worden war, unterstützen. Aber er hat einen ganz anderen Weg eingeschlagen. Oliver Duff, der Herausgeber der Internet-Zeitung *i*, (einer Kurzausgabe des *Independent*), schrieb bezüglich des 6. Mai, es könnte „der Beginn des Endes von Starmer als Parteiführer sein. Es mangelt ihm an Visionen und Ambitionen. (...) In den Midlands und im Norden von England führt das Fehlen einer Agenda, auf welche Weise Labour das Leben der Menschen verbessern könnte, dazu, dass die Unterstützung weiter schwindet – und es fördert die Wahrnehmung einer Parteilite, die im Süden verankert, metropolenfixiert und extreme Mittelklasse ist.“

Der letzte Teil des Zitats von Oliver Duff ist die vorherrschende Sicht der-

* „nationalistisch“ wird im englischen Sprachgebrauch anders verwendet als im Deutschen. Hier würde man eher separatistisch oder regional sagen.

jenigen, die über die LP kommentieren und in der Partei oder in ihrem Umfeld zu verorten sind. Die Mitglieder von Labour sind überwiegend jung, sie haben Universitätsbildung mit sozial-liberalen Attitüden der Mittelklasse und leben in oder in der Nähe einer großen Stadt. Viele Kommentatoren behaupten, dass ihre Basis im Süden ist, hauptsächlich in London, und natürlich gegen den Brexit. Die Verbindung mit den älteren Labour-Wählern aus der Arbeiterklasse in den alten Industriegebieten ist gekappt. Die Menschen aus der Arbeiterklasse in den früheren Bergbauregionen begannen während des Streiks in den Jahren 1984-85 den Glauben an Labour zu verlieren, als Neil Kinnock sie nicht zu 100 Prozent unterstützte. Als dann Blair Thatcher an der Macht ablöste, setzte er die neo-liberale Politik fort mit dem Glauben an den Markt, den Privatisierungen usw. Er beseitigte die innerparteiliche Demokratie, gab das Bekenntnis zum Sozialismus auf und arbeitete daran, die Gewerkschaften von der Partei zu trennen. Der Prozeß der Desillusionierung hält seit Jahrzehnten an.

Während regionale Identitäten stärker geworden sind, besonders in den Teilen des Vereinigten Königreichs, die eine alte keltische Sprache haben, die schrittweise wieder auflebt, ist der einzige Teil, wo wirklich Unabhängigkeit droht, Schottland. Die Regierung in London wird jeden Versuch blockieren, dort erneut ein Referendum abzuhalten. Ich zweifle daran, dass eine illegale Abstimmung wie in Katalonien stattfinden wird; aber für die Zukunft lässt sich erwarten, dass die Unabhängigkeit einmal kommen wird. Die unionistisch eingestellte Bevölkerung von Nordirland hat vor kurzem die 100 Jahre von dessen Bestehen gefeiert; aber auch hier wird auf lange Sicht gesehen einmal ein vereinigt Irland zustande kommen. Man kann mit Sicherheit behaupten, dass das Vereinigte Königreich gespalten [disunited] ist aufgrund der Londoner Regierungspolitik seit der Zeit von Thatcher bis zum Brexit-Referendum von 2016.

Es ist schwer, vorauszusagen, wie es mit Labour weitergeht. Starmer wird den Teil der Arbeiterklasse, der die Partei verlassen hat, nicht zu-

rückgewinnen. Nach der schweren Niederlage am 6. Mai gab er zu, dass nur er schuld daran sei. Dann aber versuchte er, Angela Rayner, die gewählte stellvertretende Vorsitzende von Labour, aus dem [Schatten-]Kabinett zu entfernen. Ihre gute Freundin Rebecca Long-Bailey hatte er zuvor schon wegen „Antisemitismus“-Vorwürfen gefeuert. Auch unterstützte er die Rechtsausleger, die ständig gegen Corbyn arbeiteten. Rayner wehrte sich; das Ganze endete damit, dass sie mehr Posten als zuvor hat. Dann stellte sich heraus, dass Starmer persönliche Beraterin, Carolyn Harris, die den Wahlkampf für seinen Parteivorsitz geführt hatte, Gerüchte über Angela Rayners Privatleben verbreitet hatte. Harris entschied sich daraufhin, eine Pause zu machen. Diejenigen Abgeordneten von Labour, die aus der Partei austreten, schließen sich oft der Green Party an. Wenn die Pandemie vorbei ist, wird es leichter sein, in Erfahrung zu bringen, was los ist, wenn das politische Leben wieder normaler wird.

m.j., 5. Juni 2021

Anzeige



ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE
info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Schwerpunkt 2/2021: Rassistische Repression

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

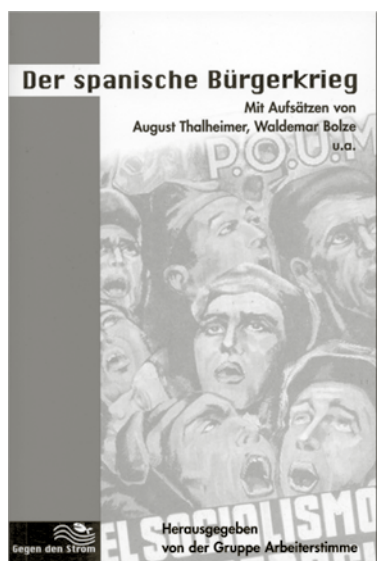
DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Erhältlich auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 3,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) (z.Z. leider nicht lieferbar)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer), (z.Z. leider nicht lieferbar)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“, werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-
Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von
der Gruppe Arbeiterpolitik
296 Seiten, Klebebindung, 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer
Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur, 3,- €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org